

Protokoll Einwohnerrat Wohlen

4. Sitzung vom 25. Juni 2018 von 19:00 bis 23:10 Uhr im Casino Wohlen

Vorsitz Edwin Brunner, Präsident

Protokollführung Michelle Steinauer, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz

Einwohnerrat
Mitglieder des Einwohnerrats: 39
Absolutes Mehr: 20
Zweidrittelsmehr: 26

Gemeinderat
Arsène Perroud, Gemeindeammann
Roland Vogt, Vizeammann
Paul Huwiler, Gemeinderat
Thomas Burkard, Gemeinderat
Ariane Gregor, Gemeinderätin

Weitere Anwesende
Christoph Weibel, Gemeindeschreiber
Thomas Laube, Bereichsleiter Finanzen & Ressourcen
Marcel Christen, Bereichsleiter Sicherheit
Roland Konrad, Bereichsleiter Planung, Bau & Umwelt
Urs Spillmann, Bereichsleiter Gesellschaft, Bildung & Kultur
Gregor Kaufmann, Leiter Finanzen
Rolf Stadler, Präsident der Schulleiterkonferenz
Franco Corsiglia, Präsident Schulpflege
Ernesto Hitz, Leiter Schulverwaltung
Rolf Kromer, Leiter Gesellschaft, Kultur & Sport
Christoph Meyer, Leiter Tiefbau
Zeliha Kuscuoglu, Leiterin Liegenschaften
Beat Herzog, Leiter Regionale ZSO

Entschuldigungen Ralf Grubert, SVP

TRAKTANDEN

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Inpflichtnahme Sonja Isler-Rüttimann, CVP
3. Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2017 (14011)
4. Bericht und Antrag 14012 Gemeindeliegenschaften – Sicherheitsleitbild und -konzept
5. Bericht und Antrag 14013 Entwicklung Gewerbegebiet Wil/Huebächer:
 1. Genehmigung Verpflichtungskredit für die Erschliessungsplanung und die Durchführung der öffentlich-rechtlichen Landumlegung
 2. Bewilligung Kauf von fünf Parzellen
6. Bericht und Antrag 14014 Sanierungsmassnahmen Bünz-Brücken – Verpflichtungskredit
7. Bericht und Antrag 14015 Eingangspforte Dottikerstrasse K 266 in Anglikon – Verpflichtungskredit als Gemeindeanteil für das überarbeitete Projekt
8. Antwort zur Anfrage 13166 von Harry Lütolf, CVP, betreffend Verzögerung der Berichterstattung über ein überwiesenes Postulat und weitere Fragen zur Sozialhilfe der Gemeinde Wohlen

Brunner Edwin, Präsident:

Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 19. März 2018 zu verzeichnen:

- Bericht und Antrag 14012 Gemeindeliegenschaften - Sicherheitsleitbild und -konzept
- Bericht und Antrag 14013 Entwicklung Gewerbegebiet Wil/Huebächer: 1. Genehmigung Verpflichtungskredit für die Erschliessung und die Durchführung der öffentlich-rechtlichen Landumlegung und 2. Bewilligung Kauf von fünf Parzellen
- Bericht und Antrag 14014 Sanierungsmassnahmen Bünz-Brücken – Verpflichtungskredit
- Bericht und Antrag 14015 Eingangspforte Dottikerstrasse K 266 in Anglikon - Verpflichtungskredit als Gemeindeanteil für das überarbeitete Projekt
- Einladung zum Seniorenwaldumgang
- Einladung zur Diplom- und Maturfeier bbzf
- Erläuterungsbericht der FGPK zur Jahresrechnung 2017
- Bestätigungsbericht der FGPK betreffend Rechnungsprüfung 2017

Es liegt auf:

- Jahresbericht Abwasserverband Wohlen-Villmergen-Waltenschwil (ARA)

Inpflichtnahme Sonja Isler-Rüttimann, CVP

Brunner Edwin, Präsident: Liest das Amtsgelübde vor.

Sonja Isler-Rüttimann, CVP, leistet für den Rest der Amtsperiode 2018/2021 das Amtsgelübde gemäss § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates. Sonja Isler-Rüttimann ist somit als Nachfolgerin von Vinzenz Uhr in Pflicht genommen.

Geschäftsbericht und Jahresrechnung

Keller Anna, Präsidentin FGPK: Ich spreche zur Jahresrechnung und zum Geschäft. Seit diesem Jahr sind wir sowohl die Finanz- wie auch die Geschäftsprüfungskommission und haben uns in der Folge mit beiden Themen befasst.

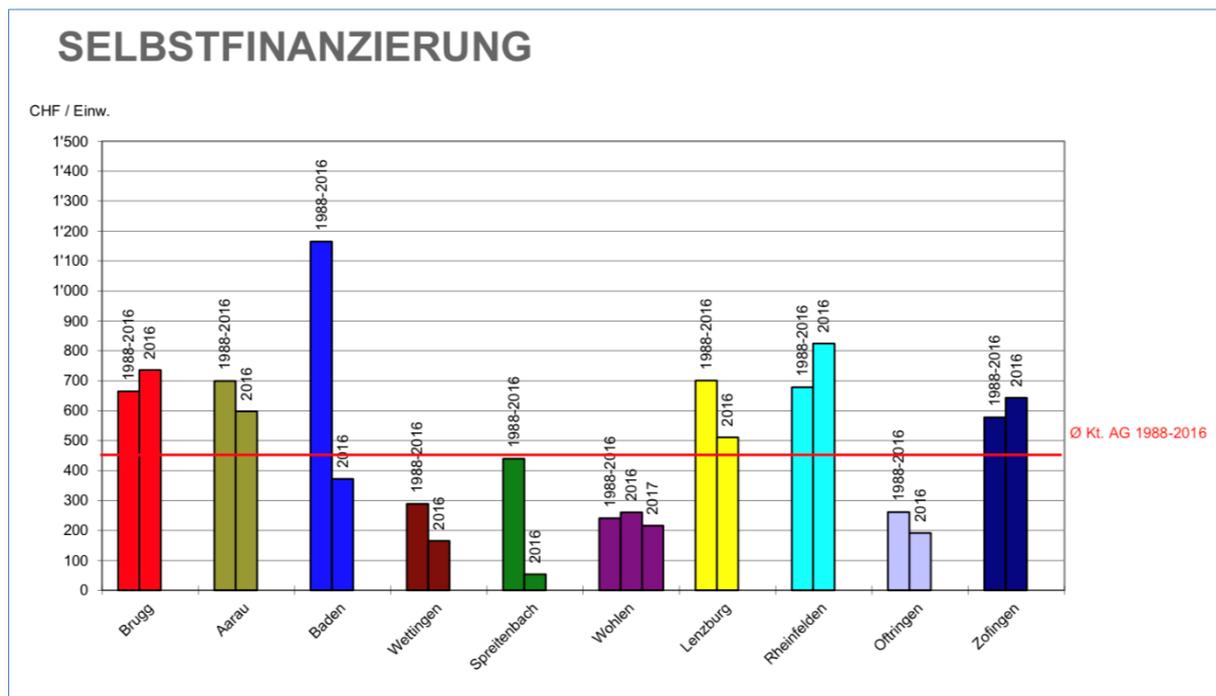
Geschäftsbericht

Auf rund 80 Seiten können wir nachlesen, was alles während eines Jahres in Wohlen passiert ist. Es ist sehr viel und vielfältig. Es zeigt uns jedoch auch, wie viele Räder und Rädchen ineinander greifen müssen, damit die Gemeinde funktioniert und wie viele Menschen an verschiedensten Stellen arbeiten um dies alles in Gang zu halten. Wir haben in der FGPK mit dem Gemeinderat vor allem die pendenten Vorstösse besprochen. Gerne gebe ich Ihnen dazu eine kurze Zusammenfassung. Bereits behandelt sind die beiden Anfragen 13157 und 13162 von Werner Dörig, FDP. Zudem haben wir heute die Anfrage 13166 von Harry Lütolf, CVP, auf dem Tisch. Derzeit aufgearbeitet werden das Postulat 11122, Freis Wohle/ EVP, die Motion 13001 von Edwin Brunner und Christian Lanz, SVP, und das Postulat 13027 von Harry Lütolf, CVP. Hängig beim Jugendrat ist das Postulat 13054 von Jan Severa, FDP. Für die Vorstösse von Jan Severa, FDP, (Motion 13048) und das Postulat 13081 von mir erfolgt die Beantwortung im Anschluss an die Umsetzung des neuen Führungsmodells. Die Anfrage 13072 von Jean-Pierre Gallati, SVP, und die Anfrage 13167 von Harry Lütolf, CVP, werden zu einem späteren Zeitpunkt beantwortet, da hier noch gegenseitige Forderungen zwischen Gemeinde und Walter Dubler bestehen. Das Postulat 13158 von Christian Lanz, SVP, wurde vom Gemeinderat noch nicht behandelt, da es eine personalrechtliche Auseinandersetzung bei der Schule betrifft. Die Anfrage 13120 von Marco Palmieri und Christian Lanz, SVP, wurde bisher noch nicht behandelt. Die Motion 13087 von Franz Wille, CVP, wurde vom Gemeinderat behandelt, der dazu vorgelegte Bericht und Antrag wurde jedoch vom Einwohnerrat abgelehnt. Die Überarbeitung wird vom Gemeinderat auf anfangs 2019 geplant. Der älteste Vorstoss stammt aus dem Jahr 2003. Es handelt sich dabei um eine Motion (Familienpolitik). Hierfür wurde vom Gemeinderat ein Bericht verfasst, welcher jedoch nicht veröffentlicht wurde. Unterdessen ist er veraltet und vieles daraus wurde umgesetzt.

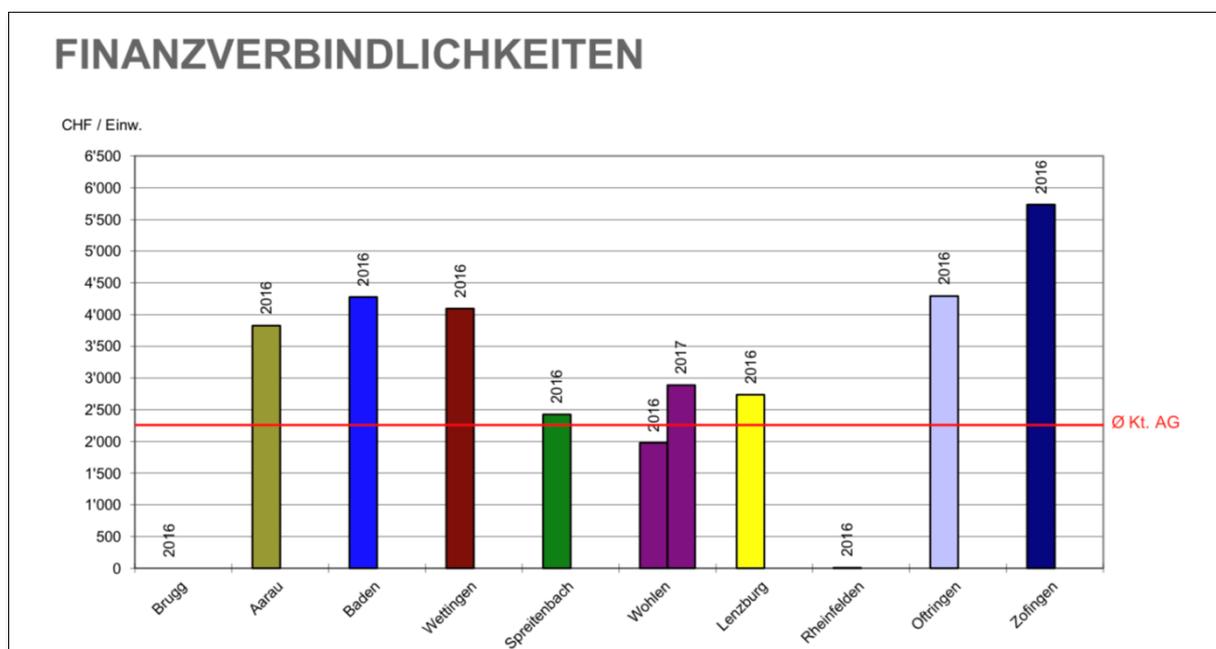
Vorstösse sollten gemäss Reglement innerhalb eines Jahres erledigt werden. Das wird vorliegenden Falls jedoch nicht erfüllt. Wie Gemeindeammann Arsène Perroud uns aber erklärte, gestaltet sich die Umsetzung einiger Themen schwierig, wie z.B. die Öffnungszeiten der Gemeindeverwaltung, welche im Rahmen der Umsetzung des Gemeindebüros angeschaut werden oder die Thematik „Grüngut“, bei welcher es nach der Ablehnung durch den Einwohnerrat einen neuen Bericht und Antrag benötigt. Letztlich empfiehlt die FGPK die Entgegennahme und Genehmigung des Geschäftsberichts.

Jahresrechnung

Die Gruber Partner AG hat als externe Revisionsstelle insbesondere die Bilanz, die Erfolgsrechnung, die Investitionsrechnung und die Geldflussrechnung der Jahresrechnung genau geprüft und uns schriftlich und mündlich umfassend informiert. Die Mitglieder der FGPK haben immer zu zweit, nach dem 4-Augen-Prinzip die Jahresrechnung 2017 insbesondere auf Abweichungen zum Budget 2017 überprüft. Das Ergebnis liegt Ihnen hier als Bestätigungsbericht samt Erläuterungsbericht vor. Die beiden Berichte konnten Sie alle selber nachlesen. Ich werde hier nur einzelne Punkte herausgreifen.



Um ein Verständnis für die finanzielle Lage einer Gemeinde zu erhalten, ist es wichtig, die Entwicklung über einen längeren Zeitraum zu verfolgen. Wie Sie sehen, hatte Wohlen von 1988 bis 2016, also während 28 Jahren, im Durchschnitt einen Selbstfinanzierungsgrad pro Einwohner von CHF 241.00. Im Jahr 2017 hingegen nur noch CHF 216.00. Zu sehen ist auch ein Vergleich mit anderen, ähnlich grossen Gemeinden. Der Gemeinde Wohlen geht es somit besser als den Gemeinden Wettingen, Spreitenbach und Oftringen, aber schlechter als den anderen Vergleichsgemeinden. Die rote Linie stellt den Durchschnitt aller Aargauer Gemeinden dar.

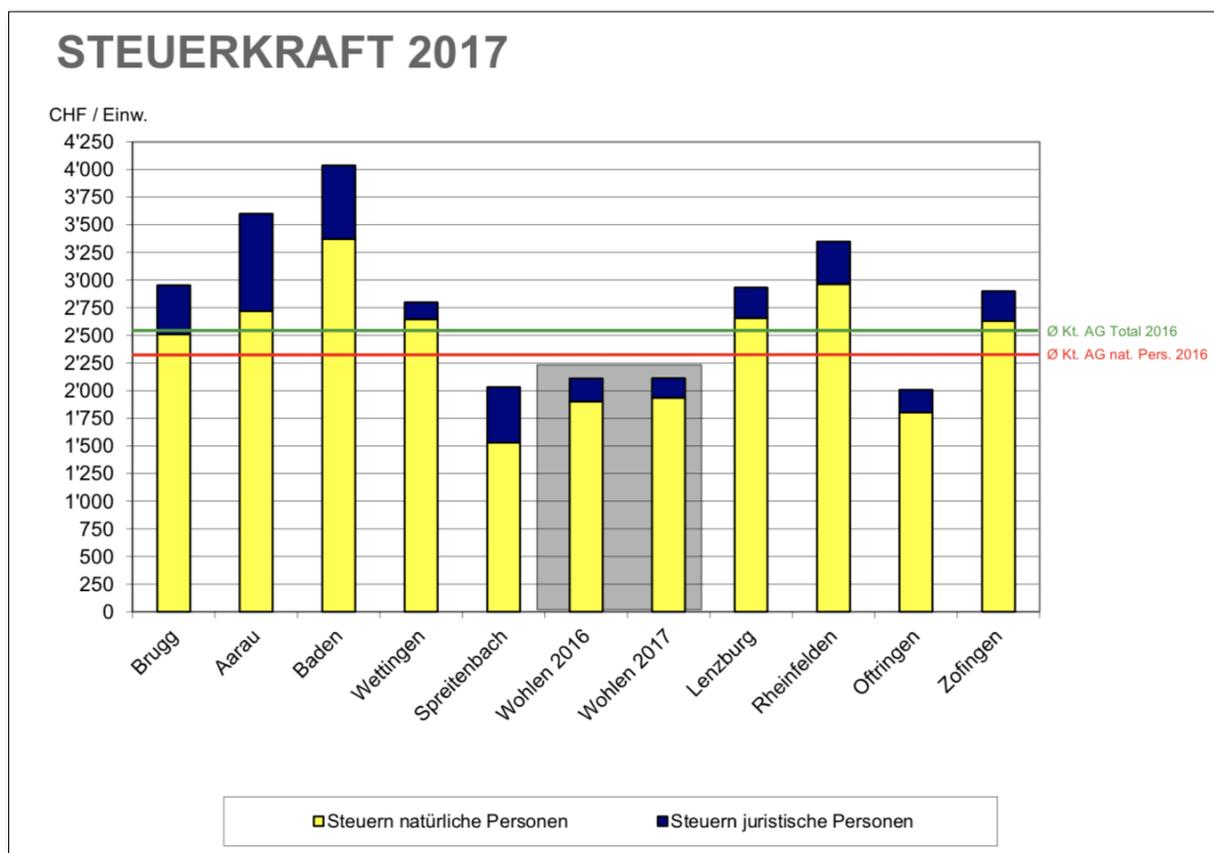


Im Jahr 2016 befindet sich die Gemeinde Wohlen, mit einem Betrag von CHF 1'979.00, noch leicht unter dem Durchschnitt aller aargauischen Gemeinden. Aktuell sind wir jedoch mit CHF 2'887.00 pro Einwohner über dem Durchschnitt.

Unsere Finanzverbindlichkeiten – unsere Schulden – sind unterdessen auf CHF 46.2 Mio. angestiegen. Dem gegenüber steht zwar unser Finanzvermögen, sprich Schulhäuser etc., so dass die Nettoschuld noch CHF 21.1 Mio. beträgt. Aber wir können von unserem Vermögen ja nicht etwas verkaufen, damit wir wieder Geld haben, z.B. unser Gemeindehaus und alle dort Arbeitenden im „Homeoffice“ arbeiten lassen. Im Vergleich zu anderen Gemeinden stehen wir jedoch sogar noch besser da. So haben wir weniger Schulden als Aarau, Baden, Wettingen, Oftringen und Zofingen.

Nettoinvestitionen

Während 28 Jahren (Zeitraum von 1988 bis 2016) betragen die Investitionen in Wohlen im Schnitt CHF 321.00 pro Einwohner. Im Jahr 2017 sind sie nun auf CHF 936.00 angestiegen und weil weitere Investitionen geplant sind, wird dieser Betrag noch weiter steigen.



Dem gegenüber steht der Steuerertrag der natürlichen Personen (gelb) in Wohlen im 2016 mit CHF 1'903.00, knapp vor Oftringen und deutlich vor Spreitenbach. Aber klar unter dem Durchschnittswert. Der Steuerertrag von juristischen Personen ist bei uns sehr gering. Zum Glück ist der Ertrag 2017 bei CHF 1'937.00, was ein erfreulicher Anstieg bedeutet. Die Frage ist, wie die Entwicklung weiter verlaufen wird.

Zusammenfassung und Empfehlungen der FGPK

- Aufwände bestmöglich reduzieren und gleichzeitig die Erträge steigern.
- Prüfen, welche Instandhaltungsinvestitionen sind zwingend nötig und welche können/müssen warten.
- Klare Prioritätensetzung

Das wird einige politische Diskussionen erfordern. Die FGPK empfiehlt Ihnen, selbstverständlich dem Einwohnerrat und nicht dem Gemeinderat (Fehler im Bestätigungsbericht), die Jahresrechnung zu genehmigen.

Zum Schluss ein grosses Dankeschön an alle, die im 2017 für unsere Gemeinde gearbeitet und sich eingesetzt haben in den verschiedensten Funktionen. Und ein weiteres grosses Dankeschön an alle, die die unzähligen Fragen der FGPK beantwortet haben, vor allem Finanzverwalter Gregor Kaufmann, der auch einer finanztechnischen Laiin wie mir immer geduldig alle Fragen beantwortet hat. Ich danke dem Gemeinderat für die gute Zusammenarbeit und die interessanten Diskussionen, die wir führen konnten. Und ein

spezieller Dank geht an meine Kolleginnen und Kollegen in der FGPK, die als tolle Teamplayer mitgearbeitet haben. Das macht Freude!

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich danke der Sprecherin der FGPK für ihre Ausführungen. An dieser Stelle nehme ich lediglich zum Geschäftsbericht Stellung. Der Rechnungsteil wird später von Gemeinderätin Ariane Gregor übernommen.

Sie behandeln heute den Geschäftsbericht der viertgrössten Gemeinde im Kanton Aargau. Mit über 16'000 Einwohnern ist die Gemeinde Wohlen ein Regionalzentrum. Wir haben somit diverse Aufgaben zu erfüllen. Nur schon die Erledigungen der Tagesgeschäfte würde ein solches Buch füllen. Dazu braucht es keine speziellen Geschäfte. Ich danke allen Personen, welche tagtäglich die Arbeit erledigen und andererseits auch denjenigen, welche den Geschäftsbericht verfasst haben. Ich gehe nicht auf alle Abteilungen ein, sondern beziehe mich auf einige wichtige politische Geschäfte aus dem Jahr 2017. Sicher zentral für die Entwicklung der Gemeinde war die Einführung des Geschäftsleitungsmodells. Der Einwohnerrat hat dem mit der Genehmigung von verschiedenen Anträgen und Verpflichtungskrediten immer wieder dazu beigetragen. Zudem standen wichtige Werterhaltungs- und Investitionsprojekte an. Einerseits betrifft dies die Schulraumplanung und andererseits die Entwicklung am Bahnhof. Oder ganz aktuell auch das Schwimmbad, welches in den nächsten Tagen eröffnet werden soll. Es handelt sich um grosse Projekte, welche die Gemeinde zu leisten hat. Der Gemeinderat freut sich, dass er auf ein sehr positives Jahr 2017 zurückblicken kann. Ich danke Ihnen für Ihre Kenntnisnahme des Geschäftsberichtes 2017.

Fraktionsmeinungen

Küng Magdalena, Grüne: Ich spreche zum Geschäftsbericht und der Rechnung. Die Fraktion der Grünen dankt allen Beteiligten nicht nur für die Ausarbeitung des Berichts, sondern auch für Ihre wertvolle Arbeit, die sie tagtäglich für unsere Gemeinde verrichten. Der Bericht zeigt einmal mehr, wie viele Aufgaben diverser Natur in einer Gemeinde geplant, koordiniert und umgesetzt werden müssen – dies wohlbemerkt bei nicht immer einfachem Klima. In diesem Sinne ist der Jahresbericht eben doch mehr als blosser Geschichtsschreibung: Er zeigt auf, wie viel Arbeit hinter einem funktionierenden Gemeinwesen steht.

Was die Rechnung angeht, so ist uns allen hier im Saal bewusst, dass sich Wohlen nicht auf rosige Finanzen betten kann. In die Details einzugehen macht keinen Sinn, wichtig ist die Frage, wie wir aus dieser Situation herauskommen und die Fehler der letzten Jahre bis Jahrzehnte korrigieren können. Wir Grünen sind dezidiert der Meinung und möchten dies bewusst betonen, dass es nicht die Strategie der Gemeinde sein sollte, einfach nur die Ausgaben möglichst knapp zu halten. Wir kommen nicht umhin, auch auf der Ertragsseite – und zwar nicht nur bei den Juristischen Personen – die Einnahmen nach oben zu korrigieren.

Geissmann Thomas, FDP/Dorfteil Anglikon: Wir danken der Verwaltung für die Ausarbeitung des Geschäftsberichtes. Es ist ein umfassender Bericht und er gibt einen tiefen und guten Einblick in die Tätigkeiten der verschiedenen Abteilungen.

Die Jahresrechnung 2017 schliesst besser als erwartet ab. Der budgetierte Aufwand wurde, bis auf wenige Ausnahmen, auch eingehalten. Wohlen profitiert von Sondereffekten. Einerseits betrifft dies die Grundstückgewinnsteuer und andererseits die Erbschafts- und Schenkungssteuer, welche im vergangenen Jahr ausserordentlich hoch ausgefallen sind und somit das Ergebnis verbessert haben. Man könnte nun auch sagen, dass alles in Ordnung ist. Doch der Schein trügt. Wir sind in den letzten Jahren einigermaßen gut über die Runden gekommen. Dies ist jedoch nicht der Ausgabendisziplin zu verdanken – ganz im Gegenteil. Wir haben Jahr für Jahr immer mehr ausgegeben. Die Ausgaben sind stärker angestiegen als die Einnahmen. Die negative Entwicklung konnten wir jedoch geschickt verstecken, indem wir notwendige Investitionen und notwendige oder anfallende Sanierungen einfach hinausgeschoben haben. Das kann eine Zeitlang gut gehen, jedoch muss man irgendwann mit der Retourkutsche rechnen. Jetzt sind wir aber so weit. Die Auswirkungen werden umso heftiger ausfallen, weil wir es in der Vergangenheit verpasst haben ausreichende Cash Flow zu erreichen. Es fehlen nun die Reserven, welche notwendig wären, um die anstehenden Grossinvestitionen, wie den Sportpark Bünzmatt, den Bahnhof oder das neue Schulhaus finanziell bewältigen zu können. Ab sofort – und darauf dürfen Sie sich einstellen – werden die Schulden ansteigen und zwar massiv jedes Jahr um Millionen. Die FGPK schreibt in ihrem Bericht, dass bis 2023 der Cash Flow eigentlich CHF 7.4 Mio. betragen muss. Das letzte Jahr haben wir einen Cash Flow von CHF 4.3 Mio. erreicht. Somit fehlen rund CHF 3 Mio. So präsentiert sich im Moment die Ausgangslage. Die grosse Frage lautet nun, wie wollen wir darauf reagieren. Die Grünen haben es bereits angetönt, dass man ganz einfach den Steuerfuss erhöhen kann. Das ist eine Möglichkeit, die fehlenden CHF 3 Mio. zu erhalten. Eine andere

Möglichkeit ist, dass man den Aufwand reduziert oder dass wir uns nicht selbst immer wieder neue Aufgaben geben. Oder die dritte Lösung – so wie wir es in den letzten Jahren gemacht haben – wir lassen einfach alles so wie es ist. Wir können dann einfach nur noch beobachten, wie die Schulden in die Höhe schnellen und überlassen die Probleme den nachfolgenden Generationen. Für unsere Fraktion ist es klar, dass wir auf zu grossem Fuss leben. Wohlen muss endlich lernen zu verzichten. Die FGPK empfiehlt in ihrer Schlussbetrachtung neben den geplanten Investitionen – ich zitiere: „*Nur die notwendigen Instandhaltungsinvestitionen zu tätigen.*“ Es handelt sich vorliegenden Falls um schöne Worte. Das Problem in Wohlen ist, dass sehr viel gesprochen wird und dann das Gegenteil gemacht wird. Ich bin gespannt darauf, ob die geschätzten Mitglieder sich treu bleiben. Wir behandeln nachfolgend bald die Eingangspforte im Dorfteil Anglikon. Bei diesem Projekt kann mir niemand erzählen, dass sich dies um eine notwendige Instandhaltung handelt. Der Gemeinderat beantragt jeden Monat neue Verpflichtungskredite und gibt sich so immer wieder eine Fülle von neuen Aufgaben. Allzu oft wird dem Einwohnerrat die teuerste Variante vorgeschlagen. Der Einwohnerrat seinerseits winkt diese Luxusprojekte ohne grosse Gegenwehr durch. In der Budgetberatung wird dann jeweils die schlechte Finanzlage beklagt. Der Einwohnerrat trägt jedoch eine grosse Mitschuld daran, weil er nicht wirklich einen Sparwillen an den Tag legt. Die Qualität im Handeln kann auch darin liegen, einmal etwas nicht zu machen. Das nennt man dann Verzicht. Wir wünschen uns für die Zukunft, dass der Gemeinderat das vorlebt und insbesondere der Einwohnerrat dem auch nachlebt.

Meyer Meinrad, CVP: Es ist ein übersichtlich gestalteter, interessanter und ausführlicher Geschäftsbericht 2017. Alle Bürgerinnen und Bürger werden darüber informiert, was in ihrer Wohngemeinde so alles gelaufen ist. Und das ist eine Menge. Lassen sie mich einige Anregungen und Bemerkungen zum Geschäftsbericht machen:

- Die Bevölkerungsstatistik Seite 17 gibt interessante Einblicke über die Herkunft unserer Ausländer in Wohlen. Neben Italien, dem Kosovo und Deutschland die das Spitzentrio bilden, sind 18 Nationen mit nur gerade einer Person vertreten. Insgesamt leben 6'248 Ausländer in unserer Gemeinde, das sind 38.8% der Gesamtbevölkerung.
- Fragen gab es zu Seite 33. Hier ist zu lesen, dass die Spielplatzgeräte für die Sanierung des Haldenplatzes abgebrochen werden mussten. Einen Ersatz gab es aber nicht mehr. Die CVP Fraktion findet das schade.
- Beste Werbung für Wohlen wurde mit der Live-Sendung „Donnschtig-Jass“ gemacht. Nachzulesen auf Seite 36. Dies zu toppen wird eine grosse Herausforderung werden.
- Die Sozialkommission, welche mit dem neuen Führungsmodell aufgelöst wurde behandelte im vergangenen Jahr an 12 Sitzungen 459 Fälle. Diese Arbeit erledigt nun die Verwaltung vollumfänglich. Detailliert ist dies auf Seite 48 nachzulesen.
- Die offene Jugendarbeit leistet eine sehr wichtige Arbeit. Ein breites Angebot wird rege genutzt. Die Jugendsession, die Waldspieltage, oder der Meitlitreff möchten wir besonders erwähnen. Dies alles ist auf Seite 51 und 52 nachzulesen. Die offene Jugendarbeit ist somit ein wichtiger Aspekt in Wohlen.
- Die Aufwertung des Zentrums ist für die Gemeinde von grosser Bedeutung. Leider ist die Zentralstrasse in der Priorisierung des Kantons weit nach hinten gerückt. Diese Entwicklung kann unseren Gemeinderat nicht zufrieden stellen. Die CVP fordert den Gemeinderat auf, weiter Druck auf die zuständigen Stellen im Kanton zu machen. Die verantwortlichen des Kantons müssen diesen Druck aus Wohlen spüren. Auf den Seite 53 bis 57 sind die verschiedenen Projekte nachzulesen.
- In der Abfallstatistik Seite 61 fällt auf, dass die Papier und Karton Mengen massiv zurückgehen. Die Digitalisierung ist das eine, das Verhalten der Bürger das andere. Viele bringen das Altpapier der Unternehmung „Brings in Wohlen direkt. Dadurch gehen den Vereinen wichtige Einnahmen beim Papiersammeln verloren.
- So gut die einheimischen Spargeln auch schmecken, verantwortlich für einen zu hohen Nitratgehalt in der Wasserfassung Eichholz sind sie dennoch. Diese Wasserfassung kann aus diesem Grund nicht genutzt werden. Glücklicherweise gibt es im Moment noch genügend Trinkwasser. Dies kann man im Detail auf Seite 66 lesen.

Ich belasse es nun mit meinen Bemerkungen mit dem Hinweis an die Bevölkerung: Lesen Sie den Geschäftsbericht es lohnt sich. Zum Schluss möchte sich die CVP für die großartige Arbeit bedanken. Bedanken möchte ich mich bei allen Verantwortlichen, welche an diesem interessanten Geschäftsbericht gearbeitet haben.

Meier Cyrille, SP: Die SP Wohlen hat sich innerhalb der Fraktion vertieft mit dem Geschäftsbericht und der Jahresrechnung 2017 auseinandergesetzt. Dabei möchten wir uns noch bei allen Beteiligten bedanken, welche an diesem Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2017 gearbeitet haben. Es fällt auf, dass die Budgetierungen realistisch gesetzt wurden und allgemein sauber gearbeitet wurde. Schlussendlich konnte ein besseres Ergebnis erreicht werden als budgetiert. Es ist immer wieder erstaunlich, wenn man im Geschäftsbericht nachliest, was eigentlich alles in Wohlen innerhalb von einem Jahr erledigt wird und welche Aufgaben dies alles beinhaltet. Auch erhält man beispielsweise Einblicke, welche Sanierungsprojekte noch angepackt werden müssen.

Was natürlich die meisten hier im Einwohnerrat interessiert, sind die Zahlen der Jahresrechnung 2017. Dabei lässt sich eine Tendenz erkennen, die schon seit Jahren die gleiche Richtung angibt. Wohlen kämpft mit dem Grad der Selbstfinanzierung. Dieser war in Wohlen schon seit längerer Zeit ungenügend und hat nicht 100% betragen. Infolge der letzten Investitionen in die Infrastruktur wird nun auch die Verschuldung sprunghaft ansteigen. Wie die FGPK in ihrem Erläuterungsbericht aufzeigt, ist das nicht ein junges Phänomen, sondern schon seit fast 30 Jahren erkennbar. Wurde aber regelmässig in unsere Infrastruktur investiert? Nein. Wurden diverse wegführende Projekte angepackt? Nur ansatzweise. Weswegen konnte also der Selbstfinanzierungsgrad nicht verbessert werden? Nun, es gibt diverse Gründe, die man benennen kann. Man hat es schlicht und einfach verpasst, diverse Sanierungsprojekte zu forcieren. Dies auf Kosten der bürgerlichen Finanzpolitik. Man hat es vorgezogen, den Steuerfuss bewusst tief zu halten, um gute Steuerzahler nach Wohlen zu locken. Man merkt, wie die Strategie aufgegangen ist. Die Steuerkraft liegt bei CHF 1'937, deutlich unter dem Kantonsdurchschnitt. Dies betrifft einmal die natürlichen Personen. Was ist mit den juristischen Personen? Es ist erstaunlich, dass der Steuerertrag der juristischen Personen in Wohlen etwa 10% ausmacht. In anderen Gemeinden ist dieser Ertrag um einiges höher. Es ist erstaunlich, dass Wohlen zu wenig für die Wirtschaftsförderung getan hatte. Seit 1990 beschäftigt auch das Gewerbe, mit 6'200 Arbeitsplätzen, in etwa gleich viele Personen. Die Bevölkerungszahl ist seit dem Jahr 1990 hingegen um 33% angestiegen. Hier muss man der Exekutive mangelnde Strategie in der Vergangenheit vorwerfen. Immerhin erkennt der derzeitige Gemeinderat Handlungsbedarf mit einem weiteren Geschäft heute sowie der Gestaltung des Isler-Areals. Natürlich kann man der FGPK Recht geben, wenn sie schreiben, dass man die Aufwände bestmöglich reduzieren sollte. Dies wird aber erschwert, da die Gemeinde etwa 81% gebundene Kosten hat und versäumte Investitionen und Sanierungen anstehen. Auch kann man damit rechnen, dass der Kanton Aargau noch weitere Kosten auf die Gemeinde abwälzen wird, um die gescheiterte Steuerpolitik auf Kantonalebene zu beschönigen. Immerhin hat die FGPK eingestanden, dass die Gemeinde die Ertragsseite steigern muss. Die SP Wohlen wird schlussendlich einstimmig der Rechnung 2017 und dem Geschäftsbericht zustimmen.

Sax Simon, GLP/EVP: Beim Geschäftsbericht handelt es sich um ein sehr umfangreiches und interessantes Werk. Wir danken allen Beteiligten für die Erstellung. Uns gefällt, dass die Energiebuchhaltung wieder im Geschäftsbericht enthalten ist. Leider befinden sich nicht alle Werte im optimalen Bereich (grün), sondern es gibt einen orangen und roten Bereich. Trotzdem finden wir es sehr wichtig, dass die Thematik im Geschäftsbericht abgebildet ist. Der Geschäftsbericht – ich erwähne es jedes Jahr – weist einen Umfang von 80 Seiten aus. Es handelt sich um eine Gratwanderung. Man betreibt für die Erstellung einen grossen Aufwand. Man muss sich vorstellen wie viele Mitarbeitende im Büro sitzen und Berichte schreiben, einreichen, redigieren etc. Man darf diesen Aufwand nicht ganz unterschätzen, wenn ein solch umfangreiches Werk erstellt wird. Ich möchte betonen, dass ich das Werk toll finde und es absolut nicht in Frage stelle. Es ist mir wichtig, dass Aufwand und Ertrag in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen.

Bei der Jahresrechnung 2017 stehen wir grundsätzlich hinter den Aussagen der FGPK. Auf wenige Punkte möchte ich jedoch noch kurz eingehen. Verglichen mit dem Budget 2017 können wir grundsätzlich ein gutes Ergebnis feststellen. Jedoch muss ich ein „aber“ hinzufügen. Dies nicht zur Rechnung 2017, sondern zur allgemeinen finanziellen Lage der Gemeinde. Anna Keller präsentierte vorhin sehr schön die Investitionen der letzten 30 Jahre. Wenn man auf die vergangenen 30 Jahre zurückblickt, dann kann man feststellen, dass die Gemeinde eine sehr tiefe Investition pro Einwohner aufweist, deutlich unter ganz vielen anderen Gemeinden. Dies wiederum zeigt auf, dass ein Nachholbedarf besteht. Cyrille Meier führte heute bereits aus, dass Wohlen es verpasst hat, Investitionen zu tätigen. Dies stimmt wahrscheinlich und zwar leider 30 Jahre lang. Wir haben nun schon fast einen „Scherbenhaufen“ vor uns – denn wir müssten sehr vieles machen. Wir müssen nun sehr gut aufpassen, dass jetzt nicht der Eindruck entsteht, wir leben auf „grossen Fuss“. Wir leben nämlich nicht auf grossen Fuss, sondern sind am Aufräumen. Wir müssen dies

also in diesem Zusammenhang betrachten. Die Steuerkraft in Wohlen pro Einwohner befindet sich nach wie vor deutlich unter dem kantonalen Durchschnitt. Dieser Tatsache ist eine hohe Priorität einzuräumen. Die Konsequenz aus dem Ganzen ist, dass unsere Verschuldung zunehmen wird. Im letzten Finanzplan war ein Betrag von CHF 100 Mio. aufgeführt und ich befürchte, diese Zahl ist nicht unrealistisch. Im Bereich der Zinsentwicklung werden wir in den folgenden Jahren ein massives Risiko tragen müssen. Bei unserer jetzigen Fremdverschuldung haben wir einen Zinssatz von über 1%, auf einem Niveau von etwa CHF 40 Mio. Wenn der Zinssatz in vielleicht 10 Jahren auf 3 oder 4% ansteigt und man dies auf CHF 100 Mio. rechnet, dann muss ich niemanden mehr erzählen, dass dies zu einem massiven Problem führt. Dies wird dann zur Folge haben, dass wir unsere Schuld deutlich schlechter zurückbezahlen können, weil wir viel Geld für die Zinszahlungen aufbringen müssen. Hier müssen wir wirklich vorsichtig sein. Dem gesamten Finanzhaushalt muss in den kommenden Jahrzehnten eine sehr hohe Priorität beigemessen werden. Nach unserer Auffassung ist es nicht mehr ausreichend, wenn dem Einwohnerrat unzusammenhängende oder scheinbar zufällige Bericht und Anträge eingereicht werden, sondern wir benötigen eine Task Force, welche sich intensiv mit dem Finanzhaushalt auseinandersetzt, Lösungen sucht, Prioritäten setzt und strukturiert, sodass es nicht jedes Mal zu einem Zufallsergebnis kommt. Die Gesamtsicht muss nun unbedingt vertieft und intensiv angegangen werden.

Läufer Marc, SVP: Die SVP Fraktion dankt allen Beteiligten für die Erstellung dieses umfangreichen Chronikbericht des vergangenen Jahres. Wir sprechen über das Jahr 2017. Wir haben heute den 25. Juni 2018. Wenn Sie im kommenden Jahr nicht wollen, dass wieder dieselben Diskussionen geführt werden empfehle ich Ihnen den Rechnungsprüfungsbericht 2017, unter Punkt 2.9 – Zusammenfassung finanzielle Lage – bei jeder Abstimmung im Hinterkopf zu behalten.

Einzelvoten

Stirnemann Alex, SP: Ich möchte nur eine kleine sprachliche Bemerkung anbringen. Im Erläuterungsbericht der FGPK kann, nach dem Votum von Thomas Geissmann, ein Satz falsch verstanden werden und zwar auf der letzten Seite der oberste Satz: „...geplanten Investitionsprogramm empfehlen wir nur die notwendigen Instandhaltungsinvestitionen zu tätigen.“ Und nicht „nur die notwendigen Instandhaltungsinvestitionen zu tätigen“, das würde dann bedeuteten wir wollen nur Instandhaltungsinvestitionen tätigen und alle anderen Investitionen würden links liegen gelassen. Wenn man nur diesen Satz liest, könnte man dies falsch verstehen, es wird jedoch später klar aufgezeigt, dass wir auch neue Investitionen in Betracht ziehen. Es ist mir ein Anliegen, dies zu verdeutlichen.

Geissmann Thomas, FDP: Die FGPK soll bitte klar Auskunft erteilen, wie sie es meinen. Ich verstehe die Aussage dahingehend, dass die geplanten Investitionen, wie zum Beispiel die Entwicklung Bahnhof oder alles was im Finanzplan aufgeführt ist, selbstverständlich gemacht werden. Aber es werden nicht noch weitere neue Investitionen, welche nicht im Finanzplan aufgeführt sind, getätigt.

Detailberatung

Einleitung, Legislaturprogramm

Hoffmann Thomas, FDP: Das Legislaturprogramm wurde im Jahr 2014 vom Gemeinderat als Führungs-, Koordination- und Kontrollinstrument vorgestellt. Im nun vorliegenden, 80-seitigen Geschäftsbericht erhält das Legislaturprogramm genau 30 nichtsagende Zeilen. Es gibt keine klaren Aussagen, welche Ziele wie erreicht worden sind, welche nicht und weshalb nicht. Es ist nicht ersichtlich, dass das Legislaturprogramm 2014-2017 als Führungsinstrument eingesetzt worden ist, geschweige denn als Koordination- und Kontrollinstrument. Ich wünsche mir für das nächste Programm, wenige, klare und messbare Ziele. Ich wünsche mir entsprechende Massnahmen, Verantwortlichkeiten und Fristen, welche sich dann auch im Finanzplan und auch im Budget niederschlagen. Ich wünsche mir eine jährliche Standortbestimmung und eine Information an den Einwohnerrat wie man bei der dieser Zielerreichung steht. Nur so wird das Legislaturprogramm zum – und dies wünscht sich nämlich der Gemeinderat – Führungs-, Koordination- und Kontrollinstrument. Das neue Führungs- und Verwaltungsmodell macht nämlich ein solches System zwingend.

Seite 33 Schulraumplanung

Keller Samuel, FDP: Vor zehn Monaten haben wir im Einwohnerrat das Schulhaus Halde behandelt. Seit diesem Zeitpunkt haben wir nichts mehr über das weitere Vorgehen vernommen. Aus diesem Grund möchte ich den Gemeinderat nach dem aktuellen Stand in diesem Geschäft anfragen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich kann vorliegenden Falls bestätigen, dass wir uns im Zeitplan befinden und dass die Generalplanersubmission im 2-stufigen Verfahren durchgeführt wird. Aktuell befinden wir uns in der zweiten Stufe. Der Einwohnerrat wird wie geplant im Herbst 2018 wieder zum Zug kommen, wenn es darum geht den Projektierungskredit für den Neubau und die Sanierung Halde zu beraten und hoffentlich auch zu genehmigen.

Sportpark Bünz matt

Keller Samuel, FDP: Ich frage den Gemeinderat, ob das Schwimmbad am 7. Juli 2018 definitiv eröffnet wird.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Ja, die Eröffnung findet am 7. Juli 2018, 07.07 Uhr, statt.

Seite 49 Alimentenbevorschussung

Steiner Annelise, SVP: Der Bestand 2016/2017 bei der Alimentenbevorschussung veränderte sich von 89 auf 92 Fälle und die Rückzahlungen betragen etwa 183'000. In der Beantwortung der Anfrage 13166 von Harry Lütolf schreibt der Gemeinderat bei der Frage „*Wie ist die aktuelle Entwicklung welche Kostentreiber stechen hervor?*“ die Antwort: „*Gesellschaftliche Entwicklungen (mehr Alleinerziehende).*“ Diese Aussage ist somit schon einmal widerlegt. Ich finde es mehr als unfair, dass in unserer patriarchalischen Gesellschaft einmal mehr Alleinerziehende stigmatisiert werden und als Sündenböcke herhalten müssen. Vor allem wenn man weiss, mit wie wenig Geld diese über die Runden kommen müssen. Viele Mütter müssen trotz Doppelbelastung putzen gehen oder Zeitungen austragen, um wenigstens einigermaßen über die Runden zu kommen. Währenddem die Asylindustrie boomt und die häufig unnötigen KESB-Fälle die Sozialkosten massiv belasten. Da gilt es den Hebel anzusetzen.

Seite 53 Aufwertung Zentralstrasse

Lütolf Harry, CVP: Mein Fraktionspräsident hat das Thema „Zentralstrasse“ in seinem Votum aufgeworfen. Ich möchte dort anknüpfen. Wir haben es im vorliegenden Fall nicht nur mit Geschichtsschreibung zu tun, sondern es geht um zukunftsweisende Projekte. Diese sind in die Zukunft gerichtet und es handelt sich somit nicht um Vergangenheitsbewältigung. Die Zentralstrasse ist für Wohlen prägend. Und die Aufwertung der Zentralstrasse ist entscheidend für die Standortattraktivität. Dieses Projekt verschönert das Dorf im Zentrum und bringt die Leute dazu, nach Wohlen zu ziehen. Im Moment sieht die Zentralstrasse, für meinen Geschmack, etwas schlecht aus. Das Projekt wird laufend verschoben und verzögert sich somit immer weiter. Beim persönlichen Gespräch mit dem ressortverantwortlichen Gemeindeammann ist bei mir der Eindruck entstanden, dass er hier etwas zu viel Verständnis für die Verzögerungen des Kantons aufbringt. Es ist allseits bekannt, dass der Kanton im vorliegenden Fall auf „der Bremse“ steht. Es ist nicht der Gemeinderat, der das Projekt nicht vorantreibt. Der Gemeinderat räumt dem Projekt selber eine hohe Priorität zu. Der Einwohnerrat hat seinerseits mit Beschlüssen dem Projekt eine hohe Priorität beigemessen. Der Gemeinderat hat den Finanzplan aber hörig dem Kanton angepasst und hat das Projekt nach hinten verschoben. Es ist nun wirklich an der Zeit, dass man sich beim Kanton durchsetzt und das Geschäft vorantreibt. Mit einem Vorstoss im Grossen Rat habe ich selber etwas Staub aufgewirbelt. Aufgrund der Einreichung des Vorstosses wurde mir anfangs Jahr vom Baudirektor und Regierungsrat Stefan Attiger ein Schreiben zugestellt. Darin wird das Folgende festgehalten: „*Es spricht nichts dagegen, dass Genehmigungsverfahren für die Zentralstrasse zeitlich vorzuziehen.*“

Weiter steht abschliessend: „*Zusammenfassend können wir Ihnen mitteilen, dass die Abteilung Tiefbau die weitere Projektierung der Zentralstrasse im Sinne der einleitenden Überlegungen im 2018 an die Hand nimmt.*“

Dies wurde mir natürlich nicht einfach geschrieben, weil ich ein so nettes Wesen habe, sondern weil ich mich betont giftig gezeigt habe gegenüber dem Kanton. Und dies ist das richtige Vorgehen, so muss man

gegenüber dem Kanton auch auftreten. Wenn man dies nicht macht, dann wird man über den Tisch gezogen. Der Kanton führt seine eigene Agenda. Wenn wir uns hier nicht positionieren und sich der ressortverantwortliche Gemeindeammann nicht durchsetzt und sagt. „Das wollen wir jetzt!“, dann geschieht nichts. Das Projekt Zentralstrasse ist Bestandteil des Agglomerationsprogramms 1. Generation. Sowohl der Bund, wie auch der Kanton bezahlen je CHF 2 Mio. an dieses Projekt. Die Bedingung ist jedoch ein Baustart bis Ende 2026. Bis dann müssen die Bagger auffahren. Infolgedessen muss die gesamte Projektierung vorher abgeschlossen sein. Baufachleuten ist bekannt, wie viel Zeit dies in Anspruch nimmt. Uns läuft die Zeit davon, wenn wir hier nicht vorwärts machen, dann bekommen wir keine Bundes- und Kantonsbeiträge im Gesamtbetrag von CHF 4 Mio. Wenn wir diese Beiträge verlieren, dann kann man das Projekt nicht ausführen. Wir können dies alleine nicht finanzieren. Wir benötigen die genannten Beiträge, wenn wir diese nicht erhalten, dann haben wir in 30 Jahren keine sanierte und aufgewertete Zentralstrasse, so wie es der Gemeinderat und auch der Einwohnerrat möchten. Wir müssen uns hier durchsetzen und nicht Verständnis aufbringen. Es kann nicht sein, dass andere Projekte stattdessen vorgezogen werden. Wir in Wohlen haben unsere Agenda und das ist nicht dieselbe wie diejenige des Kantons. Wir müssen sagen, was uns wichtig ist und dementsprechend intervenieren in Aarau. Dies benötigt deutlich mehr Engagement.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Wir haben es mehrfach erklärt, wie sich der Gemeinderat einsetzt, respektive beim Kanton genau dies einfordert, was Harry Lütolf gerade ausgeführt hat. Es ist Tatsache, dass es in Wohlen diverse Kantons- und Gemeindestrassen, bei welchen einen grossen Handlungsbedarf besteht. Die Zentralstrasse gehört aus den genannten Gründen auch dazu. Wir haben jedoch, wie bereits von Simon Sax ausgeführt, beschränkte finanzielle Mittel. Zudem haben wir auch beschränkte personelle Ressourcen und beschränkte verkehrstechnische Möglichkeiten um alles gleichzeitig machen zu können. Aus diesem Grund benötigt es zwangsläufig eine Langfristplanung. Der Kanton hat aufgezeigt, wie sich seine Planung darstellt. Schlussendlich handelt es sich um Kantonsstrassen. Natürlich kann der Gemeinderat beim Kanton seine Forderungen anbringen, aber letztendlich liegt der Lead beim Kanton und nicht bei uns. Wir haben den grossen Wunsch und das Bedürfnis die Zentralstrasse aufzuwerten, dennoch dürfen wir nicht die Augen von den anderen Aufgaben verschliessen. Es hat Strassen, bei welchen wirklich ein grosser Handlungsbedarf besteht. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es ihm gelungen ist mit dem Kanton einen Weg zu finden, um alle Bedürfnisse welche die Gemeinde Wohlen hat, befriedigen zu können. Die Initiative, welche Harry Lütolf gezeigt hat, hat seine Wirkung nicht verfehlt. Der Gemeinderat ist sehr froh darüber, dass hier eine Unterstützung vorhanden ist. Wir sind überzeugt, dass wir mit dem Kanton alle verschiedenen Aspekte auf die Reihe bekommen. Hier gibt es teilweise unterschiedliche Ansichten betreffend der Prioritätensetzung, das ist möglich. Wir sind jedoch der festen Überzeugung, dass der eingeschlagene Weg der richtige ist. Von uns weisen möchte ich den Vorwurf, dass der Gemeinderat hier zu wenig gemacht hat beim Kanton. Ich bitte Sie bei solchen Fragen auch die Gesamtaufgaben der Gemeinde zu betrachten.

Jahresrechnung

Gregor Ariane, Gemeinderätin: Ich schliesse mich dem Dank meiner Vorredner gerne an. Es ist wirklich ein sehr interessantes Buch, in welches man immer wieder einmal hineinschauen kann. Versetzen wir uns also in die Vergangenheit dieses Geschichtsbuches. In der Erfolgsrechnung 2017 weisen wir einen Umsatz von CHF 76.6 Mio. aus.

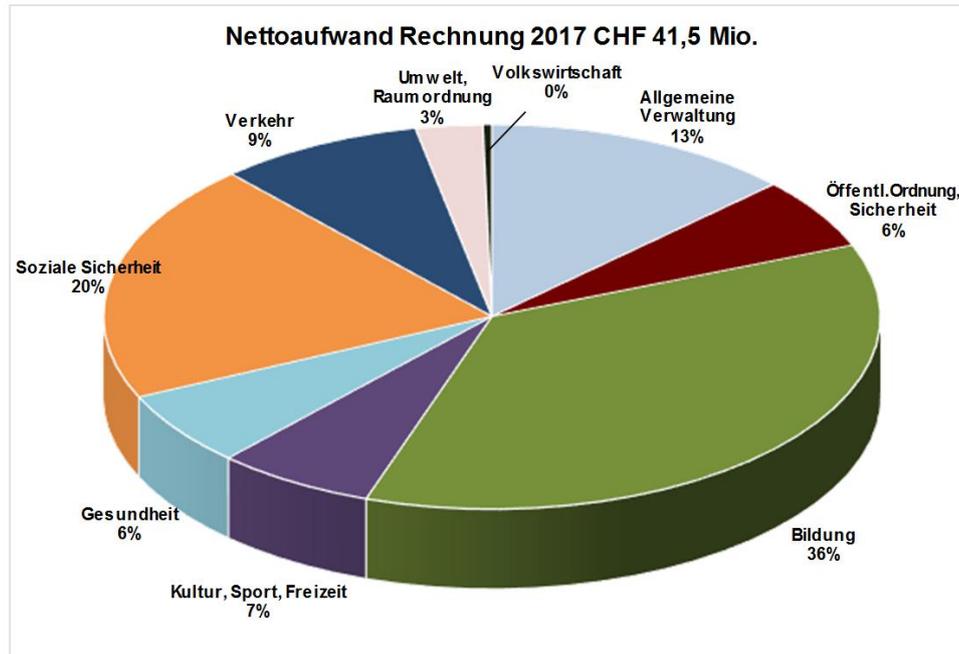
ERFOLGSRECHNUNG

Gesamtergebnis	Rechnung 2017	Budget 2017	Rechnung 2016
Einwohnergemeinde konsolidiert	2'178'625	-710'800	1'786'816
Einwohnergemeinde ohne SF	2'304'761	447'900	2'429'119
Spezialfinanzierungen (SF):			
Abwasserbeseitigung	-500'134	-842'900	-862'784
Abfallwirtschaft	64'369	-8'300	71'284
Sprachheilkindergarten	61'764	-54'300	60'223
Heilpädagogische Schule	247'865	-253'200	88'973

Wir haben ein erfreuliches konsolidiertes Gesamtergebnis von CHF 2.9 Mio. und sind somit besser als budgetiert. Die Spezialfinanzierungen wie Abwasserbeseitigung und Abfallwirtschaft sind zum Beispiel gebührenfinanziert. Wir machen somit einen Zuschuss steuerfinanziert von CHF 663'000, was etwa 2% des Steuerertrages der natürlichen Personen bedeutet. Die Finanzierung des Sprachheilkindergarten sowie diejenige der Heilpädagogischen Schule erfolgt über eine Leistungspauschale. Diese wird seitens des Kantons immer wieder neu festgelegt.

WESENTLICHE GRÜNDE FÜR POSITIVES GESAMTERGEBNIS

Minderaufwendungen	Betrag in CHF
Personalaufwand	577'900
Sachaufwand	737'000
Besoldungsanteile Lehrpersonen	200'500
Kantonsbeitrag Sanierung Kantonsstrassen	178'700
Öffentlicher Verkehr	97'000
Mehraufwendungen	Betrag in CHF
Sozialhilfe, Asylwesen, <u>Alimentenbevorschussung</u>	86'600
Pflegefinanzierung	251'900
Entschädigung an KESD	156'900
Minderertrag	Betrag in CHF
Schulgelder	167'400
Mehrerträge	Betrag in CHF
Gebühren für Amtshandlungen	86'000
Nettoertrag Zinsen	160'600



Der Nettoaufwand der Rechnung 2017 beträgt CHF 41.5 Mio. Davon handelt es sich bei 90% um gebundene Ausgaben. Dies lässt uns nur ein sehr geringer Spielraum, um selber zu bestimmen, was wir machen wollen als Gemeinde. Im Anteil „Umwelt und Raumordnung“ von 3% ist u.a. auch die steuerfinanzierte Grüngutentsorgung sowie Entsorgung von Glas und Papier enthalten.

INVESTITIONSRECHNUNG

Finanzierungsergebnis	Rechnung 2017	Budget 2017	Rechnung 2016
Einwohnergemeinde konsolidiert	-10'267'731	-11'740'400	-3'683'418
Einwohnergemeinde ohne SF	-11'530'893	-12'586'300	-4'238'454

„Konsolidiert“ bedeutet, es wird über die Gemeindesteuern finanziert, zum Beispiel Gebühren oder Leistungspauschalen. Der Betrag von CHF 15.6 Mio. wurde als Investitionsausgaben registriert. Unter der Berücksichtigung der Investitionseinnahmen sowie der Selbstfinanzierung weisen wir einen Finanzierungsbetrag von CHF 10.3 Mio. auf. Ohne Selbstfinanzierung bedeutet dies einen Betrag von CHF 11.5 Mio. Die drei grössten Investitionsbereiche sind Kultur, Sport und Freizeit. Hier wurde für den Bau des Schwimmbades und der Kunsteisbahn CHF 10.7 Mio. aufgewendet. Für den Verkehr wurden, im Zusammenhang mit der Entwicklung Bahnhof, für Planungen ein Betrag von CHF 1.5 Mio. aufgewendet. Beim Bereich Bildung wurde ein Betrag von CHF 1.1 Mio. investiert. Der grösste Posten war hier die neue Heizung im Schulhaus Bünz matt.

**ENTWICKLUNG NETTOINVESTITIONEN,
SELBSTFINANZIERUNG, DARLEHEN, NETTOSCHULD
UND DARLEHENSZINS (IN CHF 1'000)**

	2017	2016	2015	2014	2013
Steuerfuss	113%	113%	113%	113%	113%
Nettoinvestitionen	14'983	8'336	7'136	2'535	2'124
Selbstfinanzierung	3'453	4'098	1'370	2'098	2'701
Finanzierungsüberschuss					577
Finanzierungsfehlbetrag	-11'531	-4'238	5'766	-437	
Selbstfinanzierungsgrad	23.0%	49.2%	19.2%	82.8%	127.2%
Darlehensschuld	46'200	31'200	31'200	31'200	31'200
Nettoschuld	21'090	9'713	5'531	56	3'298
Darlehenszinsen	543	667	667	667	729

Vorliegenden Falls wird ein Zeitraum von fünf Jahren abgebildet. Rechnet man alle Nettoinvestitionen zusammen erhält man einen Betrag von CHF 35.1 Mio. Die Selbstfinanzierung beträgt gesamthaft CHF 13.7 Mio. Der Durchschnittliche Finanzierungsgrad beträgt ist mit einem Wert von 39.1% nicht sehr hoch. Im Mehrjahresvergleich liegt Wohlen bei der Selbstfinanzierung, im Zeitraum von 1988 bis 2016, mit einem Betrag von CHF 241.00 pro Einwohner und 47% unter dem Durchschnitt von allen Aargauer Gemeinden. Die Gemeinde Wohlen steht in Bezug auf die Finanzierung somit nicht sehr gut da. Die Darlehenszinsen hingegen zeigen sich positiv. Auf dem Kapitalmarkt haben wir gute Konditionen. Dies muss in der Zukunft jedoch nicht unbedingt so bleiben. Derzeit wenden wir etwa zwei Steuerprozente für den Kapitalmarkt auf.

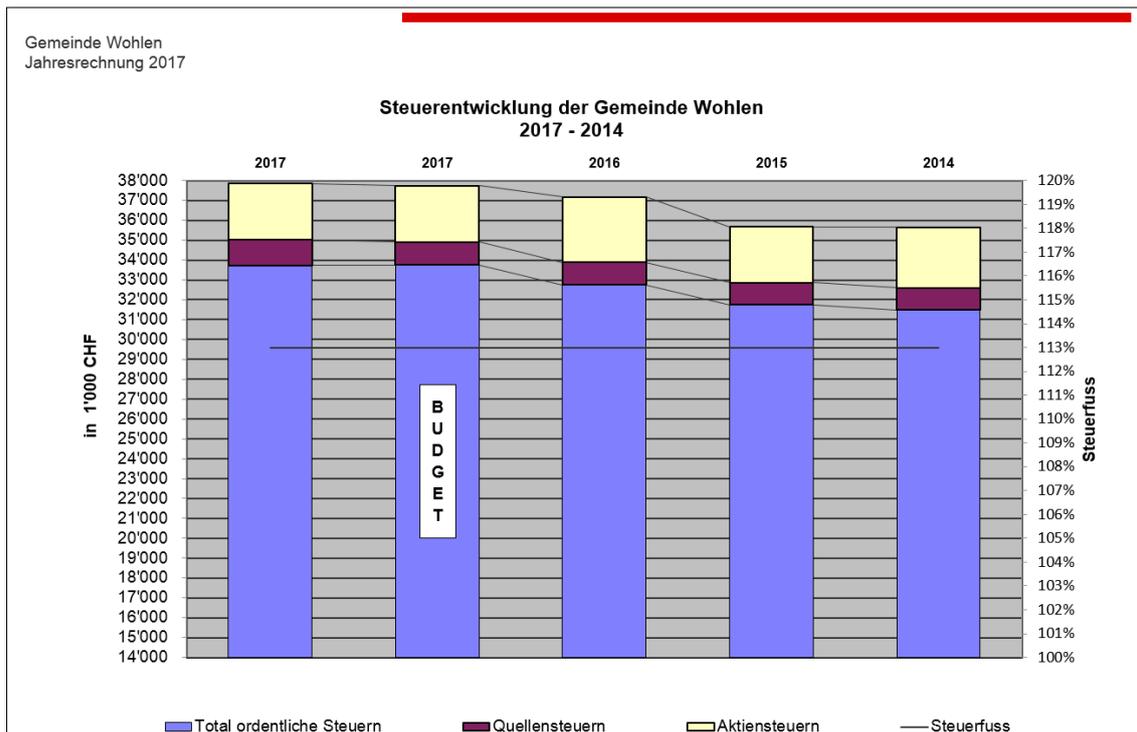
STEUERN

	2017	B2017	2016	2015	2014
Ordentliche Steuern	33'731'442	33'750'000	32'757'922	31'740'344	31'481'428
Quellensteuern	1'295'968	1'150'000	1'135'630	1'129'097	1'111'788
Aktiensteuern	2'825'956	2'850'000	3'284'887	2'808'032	3'060'455
Total Gemeindesteuerertrag	37'853'366	37'750'000	37'178'439	35'677'473	35'653'671

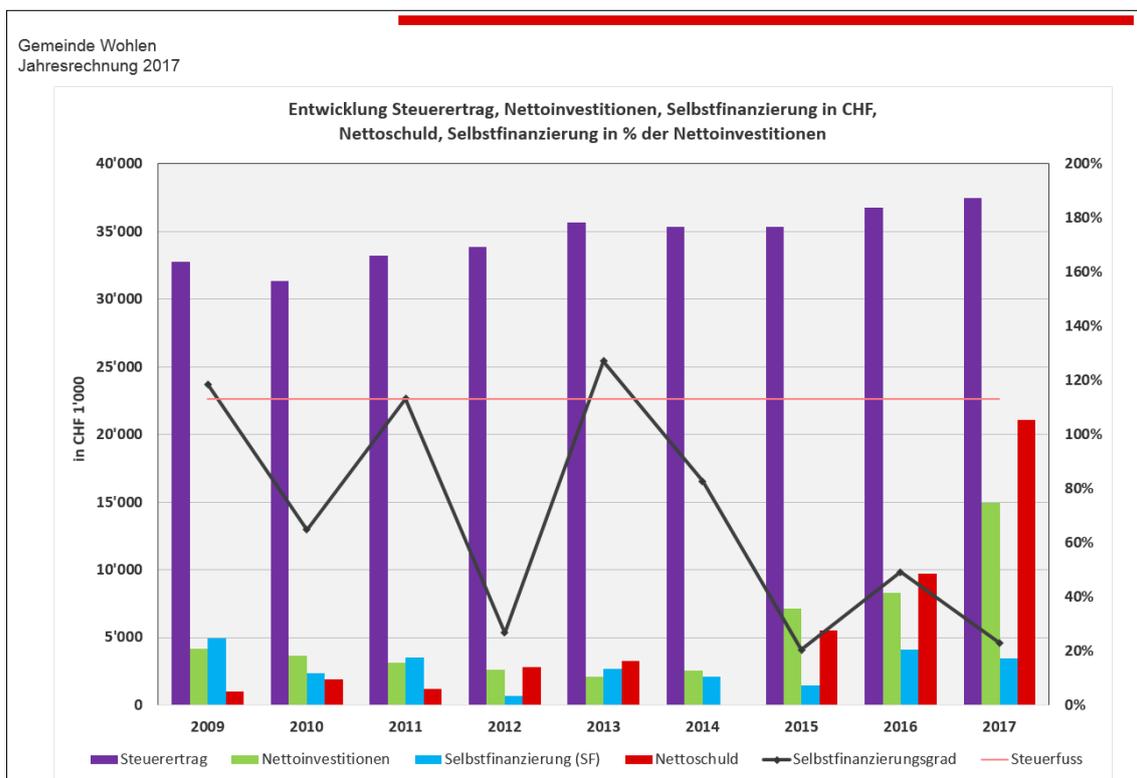
Norm-Steuerertrag*	2017	2016	Steuerkraft 2015	Steuerkraft 2014
Gemeinde Wohlen	2'205	2'160	2'053	2'073
Kanton Aargau	2'669	2'607	2'605	2'642

*Norm-Steuerertrag= Total Gemeindesteuerertrag inkl. Erbschafts- und Grundstückgewinnsteuer

In der Rechnung 2017 ist ein Gesamtertrag von 0.3% ausgewiesen. Auf die Rechnung 2016 gesehen bedeutet dies eine Zunahme von 1.8%. Die Gemeinde verzeichnet bei den natürlichen Personen einen Abstieg von 3% und bei den Quellensteuern von 14.1%. Bei den Aktiensteuern ist ein Rückgang des Ertrages zu verzeichnen. Bis zum Jahr 2015 lautete die Bezeichnung „Steuerkraft“. Nun heisst es „Norm-Steuerertrag“. Im Vergleich zu den Aargauer Gemeinden liegt Wohlen bei 2.2% und zum Kanton 2.37%.



Vorliegenden Falls sind Budget und Rechnung nahezu identisch. Wir haben somit eine sehr gute Ausgabendisziplin und eine hohe Budgetgenauigkeit.



Die Entwicklung der Jahresrechnung 2009 bis 2017 zeigt auf, dass die Leistungsfähigkeit der Gemeinde Wohlen schwach ist. Die Nettoinvestitionen sind stark angestiegen, aufgrund der grossen Investitionen im vergangenen Jahr. Aus diesem Grund ist auch die Schuld angestiegen. Leider kann man nicht alles haben, wenn man mit den Finanzen schlecht da steht. Wir müssen dringend etwas ändern. Die nächste Möglichkeit dazu bietet die Budgetdebatte. Ich bitte an dieser Stelle auch den Einwohnerrat mitzumachen.

Fraktionsmeinungen

Meyer Meinrad, CVP: Die CVP wird die Rechnung 2017 gutheissen. Den Empfehlungen von der FGPK im Erläuterungsbericht stimmen wir ebenfalls zu. Eine Anmerkung möchte ich aber auch hier machen. Die Kennzahlen sind nicht durchwegs schlecht. Aber selbstverständlich muss die Steuerkraft pro Einwohner weiter verbessert werden und selbstverständlich muss sich der Selbstfinanzierungsgrad noch verbessern. Sparen wo gespart werden kann – Ja, auf die Einnahmen muss das Hauptaugenmerk gelegt werden. Für eine verbesserte Infrastruktur und eine verbesserte Lebensqualität sind im letzten Jahr wichtige Grundsteine im Einwohnerrat und mit den Volksabstimmungen gelegt worden. Besten Dank dazu. Arbeiten und Investieren wir weiter für ein attraktives Wohlen. Somit verbessern wir die Steuerkraft pro Einwohner weiter. Die CVP dankt für die gute Arbeit der Verwaltung und bedankt sich ebenfalls bei FGPK für den Bestätigungsbericht und den aufschlussreichen Erläuterungsbericht. Wir stimmen der Rechnung 2017 zu.

Detailberatung

Seite 138

Geissmann Thomas, FDP: Diejenigen Mitglieder des Einwohnerrates, welche in der Legislatur bereits dabei gewesen waren, können sich vielleicht noch erinnern, dass wir eine sehr hohe Investition für die Schulformatik getätigt haben. Dies hiess „ICT“ mit Ersatz der Computer und dem Einsatz von „ICT-Verantwortlichen“. Ich habe mir die Mühe gemacht und das Geschäft nochmals im Detail angeschaut. Unter anderen sind in der Vorlage Betriebskosten aufgeführt. Ich lege dies dahingehend aus, dass von einem jährlichen Mehraufwand von CHF 30'000 ausgegangen wurde. Betrachtet man hingegen die Rechnung 2017 unter dem Konto 2191.3130.02 (Nutzung Glasfasernetz, externer Support), dann ist ein Anstieg um einen Betrag von CHF 35'600 oder 40% ersichtlich. Weiter ist unter dem Konto 2191.3158.00 (Unterhalt Informatik-Software) ein weiterer grosser Anstieg der Ausgaben von CHF 77'000 ersichtlich. Dies bedeutet Mehrausgaben von 210%. Dem Einwohnerrat wurde ausgeführt, dass es einen Mehraufwand von CHF 30'000 geben würde, doch nun ist der Betrag auf über CHF 100'000 angestiegen. Ich hoffe, dass ich etwas falsch gelesen habe. Weiter interessiert es mich, ob sich die Rechnungen künftig immer so gestalten.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Ich möchte das Wort gerne an den Schulverwalter mit der Bitte um Auskunftserteilung weitergeben.

Hitz Ernesto, Leiter Schulverwaltung: Die Schule hat eine umfassende Aufstellung erstellt. Darin ist beschrieben, was bei der Entwicklung der Informatik ausschlaggebend gewesen ist. Als seinerzeit im Jahr 2015 das Konzept für die Ersatzbeschaffung der Informatik für das Jahr 2016 erarbeitet wurde, ist man von der damaligen Sachlage ausgegangen und man versuchte in die Zukunft zu schauen. Im Jahr 2016 mussten wir das Budget für das Jahr 2017 erstellen. Zu diesem Zeitpunkt war die neue Informatik noch nicht eingeführt und wir konnten noch nicht abschätzen, was es tatsächlich für eine Bedeutung haben würde. Aufgrund der Rechnung 2017 ist nun ersichtlich, dass die im Jahr 2016 getroffenen Annahmen nicht stimmten und wir leider überrollt worden sind. Die gesamte Digitalisierung hat jedoch nicht nur uns überrollt, sondern alle. Für das Budget 2018 wurden weitere Erhöhungen in diesen Budgetpositionen veranlasst, sodass erstmals realistische Zahlen des Betriebs der Informatik vorliegen. Dies aufgrund dessen, dass im Jahr 2016 erste Erfahrungen gesammelt werden konnten. Die Rechnung 2017 liegt bereits sehr nahe am Budget 2018. Die Entwicklung der Informatik, so wie sie im Projekt vorgesehen war ist leider nicht die gleiche, wie sie in der Realität stattgefunden hat.

Geissmann Thomas, FDP: Es wäre mir lieber gewesen, wenn ich falsch gelegen wäre. Ich bin doch äusserst erstaunt über diese Entwicklung, hat doch der Einwohnerrat einer Vorlage mit anderen Zahlen zugestimmt. Der Einwohnerrat muss abschätzen können, was für finanzielle Konsequenzen die Verabschiedung einer solchen Vorlage zur Folge hat. Der Unterschied von CHF 30'000 zu über CHF 100'000 ist doch als extrem gross zu bezeichnen. Dies sind zwei unterschiedliche Paar Schuhe! Die abgegebene Erklärung erachte ich doch schon etwas einfach. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dieses Projekt nicht besser hätte geplant werden können. Ändern kann man es leider nicht mehr. Ich finde dies sehr bedauerlich.

Christen Peter, SVP: Ich beziehe mich auf das Konto Nr. 5040 (Hochbauten). Vorliegenden Falls sind in der Rechnung 2017 Ausgaben von CHF 10.1 Mio. aufgeführt, budgetiert waren hingegen lediglich CHF 8.3 Mio. Ich möchte wissen, wie diese Diskrepanz zustande gekommen ist. Weiter interessiert mich beim Konto Nr. 5550 (Beteiligungen an privaten Unternehmungen) wie der Betrag von CHF 3 Mio. zustande gekommen ist.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Beim Konto 5040 war ein Betrag von CHF 10.1 Mio. budgetiert und ausgegeben wurde mit einem Betrag von CHF 8.3 Mio. somit weniger. Beim zweitgenannten Konto handelt es sich um die Beteiligung bei der Sportpark Bünzmatt AG. Hier wird Paul Huwiler gerne eine Erklärung abgeben.

Christen Peter, SVP: Ich habe die Zahlen vertauscht.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Beim Betrag von CHF 3 Mio. handelt es sich um das von uns an die Sportpark Bünzmatt AG einbezahlte Aktienkapital.

Seite 184 Darlehen

Läufer Marc, SVP: Ich möchte gerne bezüglich der langfristigen Darlehen einen Denkanstoss geben. Wir haben gesehen, dass sich die Verschuldung verfünffacht hat. Erfreulicherweise war ein Zinsrückgang der Darlehenszinsen zu verzeichnen. In der Rechnung sind diverse Darlehen aufgeführt, diese beginnen bei 2.68% und enden bei 0.37%. Das ist der Markt, welcher sich verändert hat. Der Markt kann jedoch auch steigen und irgendwann werden wir wieder Zinsen haben, die deutlich höher sind, aber mit denselben Schulden. Mein Anliegen ist, dass hier eine Strategie entwickelt wird vom Gemeinderat. Entweder wird jetzt bereits eine Refinanzierung angedacht oder man denkt daran, wie schnell die Jahre vorbei gehen und berücksichtigt, dass die Zinsen wieder steigen werden.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

1. *Entgegennahme und Genehmigung der Verwaltungs- und Bestandesrechnung 2017*

wird einstimmig zugestimmt.

Dem gemeinderätlichen Antrag

2. *Entgegennahme und Genehmigung des Geschäftsberichtes 2017*

wird einstimmig zugestimmt.

Bericht und Antrag 14012 Gemeindeliegenschaften – Sicherheitsleitbild und -konzept**Nichteintretensantrag**

Lütolf Harry, CVP: Wir beziehen uns auf § 24 des Geschäftsreglements und stellen einen Nichteintretensantrag. Es handelt sich somit nicht um einen Antrag auf Rückweisung. Wir sind der Meinung, dass das vorliegende Geschäft nicht zurück zur Bearbeitung an den Absender muss, sondern wir sind viel mehr der Meinung, dass im vorliegenden Fall gar nichts gemacht werden muss. Sie fragen sich nun vielleicht, was die CVP dazu bewegt, eine solche Haltung einzunehmen, denn grundsätzlich könnte man ja meinen, bei der Behandlung der Thematik Sicherheit müsste man aufpassen und dürfe nicht damit spielen. Alles was der Sicherheit förderlich ist, da müsste man ja grundsätzlich zustimmen. Grundsätzlich stimmt dies natürlich so, aber im vorliegenden Fall vertritt die CVP-Fraktion einstimmig die Meinung, dass nichts gemacht werden muss, so wie es der Gemeinderat vorschlägt. Wir sehen bei diesem Konzept keine Notwendigkeit, denn es wurde in der Gemeinde bereits sehr viel bezüglich Sicherheit vorgenommen. Es hat auch vieles vorgenommen werden müssen, sonst hätte man in der Vergangenheit etwas falsch gemacht. Wir haben innerhalb der Verwaltung einige Fachpersonen, welche sich der Thematik Sicherheit annehmen mussten. Dies wurde auch gemacht. Die Schule ist hier ausgenommen, denn für sie gibt es spezielle Regelungen und dort befindet sich alles im grünen Bereich. Der Gemeinderat schlägt uns nun ausserhalb der Schule weitere Überprüfungen in einem nicht kleinen Betrag von über CHF 100'000 vor. Uns ist es insbesondere in Bezug auf die Folgekosten sehr unwohl. Der Gemeinderat spricht sich in Bezug auf die Folgekosten überhaupt nicht aus. Wir alle wissen, wenn ein privater Sicherheitsfachmann durch das Gebäude geht, dass die Mängelliste im Anschluss etwa 3'000 Positionen aufweist. Diese müssen dann alle behandelt und abgearbeitet werden. Wenn man dies jedoch dann nicht macht, dann hat man ein Problem. Ohne Berücksichtigung, ob eine Mängelposition sinnvoller Natur ist oder nicht, es wird einfach gemacht. Denn wenn ein Mangel nicht behoben wird, dann könnte allenfalls im absolut hypothetischen Fall, wenn es zu einem Personenschaden kommen sollte, ein Haftpflichtfall für die Gemeinde entstehen. Dies, weil auf der genannten Mängelliste die Position aufgeführt gewesen ist und die Gemeinde den Mangel, zum Beispiel aus finanziellen Gründen, nicht beheben wollte. Seit Beginn des Jahres verfügt die Gemeinde über eine Geschäftsleitung und darin ist der Sicherheitsexperte Marcel Christen vertreten. Er betreut auch das Ressort Polizei. Wir sind der Meinung, dass es in diesem Bereich genügend Fachpersonen mit Erfahrung hat. Diese können sich alles genau anschauen und sind durchaus in der Lage, diese Mängel aufzudecken. Die Aufgabe kann somit, gemäss der Meinung der CVP, auch intern übernommen werden und muss nicht extern erledigt werden. Des Weiteren setzen wir nun einfach mal die Prioritäten. Gerade eben, bei der Behandlung der Rechnung, haben wir über die angespannte Finanzlage der Gemeinde gesprochen. Es wurde erklärt, dass man Prioritäten setzen müsse. Im vorliegenden Fall setzt die CVP nun eine Priorität und zeigt an, dass es uns nicht wichtig ist. Weiter ist nicht ausgewiesen, dass es wirklich gemacht werden muss. Der Gemeinderat kann nun die Auskunft erteilen, dass dies der Bund und der Kanton verlangen. Ich sage Ihnen jedoch, dass diese uns nicht mahnen werden, wenn wir es nicht machen. Wir haben bei den Grüngutgebühren bereits seit Jahren eine „rechtslose“ Situation und der Kanton nimmt überhaupt keinen Einfluss. Das wird auch im vorliegenden Fall nicht geschehen. Die CVP ist der Meinung, ein Sicherheitskonzept zu haben wäre „nice to have“, jedoch ist es uns zu teuer. Wir wollen das nicht und wir sehen überhaupt kein Risiko, dass irgendetwas passieren könnte. Alle in unserer Fraktion haben aus eigener Erfahrung Beispiele aufzeigen können, wie es in anderen Betrieben gehandhabt wird. Bei meinem Arbeitgeber kam beispielsweise ein Sicherheitsfachmann und dieser hat diverse Sachen kritisiert, welche seit Jahrzehnten funktionierten. Diese Mängel mussten dann völlig unnötiger Weise behoben werden. So wurden zehntausende von Franken sinnlos und für angebliche Sicherheitsmängel ausgegeben. Genau dies kann auch vorliegend geschehen. Das möchte die CVP-Fraktion auf jeden Fall verhindern. Wir haben kein schlechtes Gewissen und sehen absolut kein Risiko dabei. Die Gemeinde Wohlen ist sicherheitsmässig gut dabei. Wir bitten Sie, den Nichteintretensantrag von uns zu unterstützen.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Es freut mich, dass ich das erste Mal in dieser Legislatur zum Einwohnerrat sprechen darf. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen den Nichteintretensantrag abzulehnen. Wir lassen uns von folgenden Gedanken leiten. Der Einwohnerrat sollte auf dieses Geschäft eintreten und sich auf die Diskussion einlassen. Alles andere ist nicht wirklich zielführend und kann zu keiner Lösung führen. Sich der Diskussion zu verweigern erachten wir nicht als Lösung.

Gerne erkläre ich Ihnen, was die Gemeinde Wohlen im Bereich Sicherheit machen muss. Jeder Arbeitgeber, sei er privat oder öffentlich, ist von Gesetzes wegen verpflichtet, alle Massnahmen zu treffen, dass die Sicherheit der Arbeitnehmenden sowie diejenige der Besucherinnen und Besuchern, vor allem im Publikumsintensiven Anlagen und in den verschiedensten Teilbereichen, gewährleistet ist. Die Betonung liegt bei den Teilbereichen. Es geht hier zum Beispiel um die Verhütung von Berufsunfällen oder Berufskrankheiten, es geht jedoch auch um die Ermittlung von auftretenden Gefahren insgesamt, welche wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschätzen können. Es geht jedoch auch um den Gesundheitsschutz zu garantieren, Brände zu verhindern und allgemein die Sicherheit im Betrieb mit viel Publikumsverkehr sicher zu stellen. Die Gemeinde Wohlen verfügt derzeit nicht über die genannten Kenntnisse. Uns ist nicht bekannt, wo Handlungsbedarf besteht und wo es allfällige Gefahren gibt. Aus diesem Grund können wir allfällige Folgekosten auch zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschätzen. Das bedeutet, dass das Sicherheitsleitbild, welches wir gerne erstellen möchten, als Grundlage dazu dient, gebäudespezifisch die Gefahren zu erkennen. Die Gemeinde Wohlen hat in den vergangenen Jahren all die Fragen, welche ein Sicherheitsleitbild und -konzept beantworten würde nicht bearbeitet, respektive man hat einfach die Augen davor verschlossen. Man hat es einfach negiert. Der Gemeinderat vertritt eine ganz andere Meinung, als die CVP. Es ist tatsächlich so, dass seit 2009 in der Gemeinde konzeptionell gar nichts mehr gelaufen ist und seit 15 Jahren haben keine Evakuationsübungen mit dem Personal mehr stattgefunden. Es sind lediglich einige wenige baulichen Anpassungen gemacht worden und dies aufgrund von Vorfällen. Dies jedoch erst, als Übergriffe auf das Personal im Gemeindehaus stattgefunden haben. Eine konzeptionelle Erarbeitung vom gesamten Thema hat somit nicht stattgefunden. Die Gemeinde Wohlen erfüllt zum jetzigen Zeitpunkt die gesetzlichen Pflichten als Arbeitgeber nicht. Wer soll denn dieses Sicherheitsleitbild erstellen. Dies ist die Anregung, welche die CVP gegeben hat. Für den Gemeinderat ist klar, dass es nicht der Bereichsleiter der Sicherheit ist. Diese Stelle hat die Aufgabe die Abteilungen zu führen und die Verantwortung dafür zu übernehmen. Dies sind die Abteilungen Feuerwehr, Regionalpolizei und Zivilschutz. Das Sicherheitsleitbild und das dazugehörige Konzept umfasst jedoch weit mehr Themenbereiche als dass es Marcel Christen abzudecken vermag. Zudem liegen sie ausserhalb der fachlichen Kompetenzen von ihm und können weiter auch im Rahmen seines Pensums nicht erfüllt werden. Für den Gemeinderat ist klar, dass dies extern erarbeitet werden muss. Es ist nun abschliessend an der Zeit, dass die Gemeinde Wohlen ein Sicherheitsleitbild erhält. Dies dient als wichtige Grundlage, um die sicherheitsrelevanten Massnahmen – wo auch immer möglich – intern umzusetzen. Wir alle hier im Saal stehen in der Pflicht und haben eine moralische Verpflichtung die Sicherheit der gemeindeeigenen Liegenschaften zu gewährleisten. Sollte wirklich ein Unfall passieren, dann ist die Situation nicht mehr so gemütlich, wie sie Harry Lütolf geschildert hat. Dann werden wir sicher auch Probleme mit dem Kanton und dem Bund bekommen. Der Gemeinderat bittet den Einwohnerrat die getätigten Aspekte zu dieser Thematik bei der Abstimmung zum Nichteintretensantrag zu berücksichtigen.

Fraktionsmeinungen

Küng Magdalena, Grüne: Wir sind der Meinung, dass der Einwohnerrat dieses Geschäft heute diskutieren soll. Wir werden dem Nichteintretensantrag somit nicht zustimmen. Den Antrag kann ich zum Teil nachvollziehen. Auch bei meinem Arbeitgeber mussten wir von der Feuerpolizei schon seltsame Sachen machen, deren Sinn nicht ganz nachvollziehbar gewesen war. Die CVP erklärte, dass sie keine Risiken erkennt. Wir wissen jedoch einfach nicht, ob es irgendwelche Risiken gibt. Bei der Gemeinde Wohlen handelt es sich um einen grossen Arbeitgeber. Es geht vorliegenden Falls um viele öffentliche und halb-öffentliche Gebäude. Es ist für uns wichtig zu wissen, ob ein Aufholbedarf besteht oder nicht. Wir bitten Sie deshalb auf den Nichteintretensantrag nicht einzutreten und das Geschäft heute zu behandeln.

Hoffmann Thomas, FDP/Dorfteil Anglikon: Der Gemeinderat fährt wieder einmal mit dem Rolls Royce vor, dabei würde ein VW Golf genügen um an das Ziel zu gelangen. Der Einwohnerrat zeigt seinen guten Willen und bewilligt neue Stellen und deshalb oder auch darum kommen solche Vorlagen, welche über das Ziel

hinausschiessen. Die Honorarkosten für externe Beratungen steigen laufend. Wir sind mehrheitlich der Meinung, dass das Sicherheitsleitbild und -konzept intern pragmatischer und günstiger erstellt werden kann. Wir unterstützen in diesem Fall den Antrag auf Nichteintreten der CVP.

Stirnemann Alex, SP: Wir werden diesen Nichteintretensantrag nicht unterstützen. Wenn die CVP keinen Handlungsbedarf sieht, dann bedeutet dies aber nicht, dass kein Handlungsbedarf besteht. Der vorliegende Bericht und Antrag hat genau das Ziel aufzuzeigen, ob und wo Handlungsbedarf besteht. Wenn wir Glück haben, dann besteht vielleicht gar kein Handlungsbedarf und es folgen keine Investitionen. Ich persönlich glaube nicht, dass dies der Fall sein wird. Es ist aus diesem Grund wichtig, dass es analysiert wird. Bei einer Mängelliste von 3'000 Positionen, wie es vorgetragen wurde, steht es der Gemeinde selbstverständlich noch offen, Prioritäten zu setzen und selber abzuschätzen, welches tatsächliche Sicherheitsproblematiken darstellen. Ich hoffe, dass dies dann im Leitbild und im Konzept entsprechend aufgezeigt wird. Was sind die wichtigen Sachen und welche sind weniger wichtig. Wir müssen somit nicht alles eins-zu-eins umsetzen. Dass das ganze durch interne Mitarbeitende gelöst werden soll, zeigt uns einmal mehr auf, dass es nicht bekannt ist, was unsere Verwaltung im Stande ist selber zu bewerkstelligen, für was sie wirklich zuständig ist und über welche fachlichen Kompetenzen sie tatsächlich verfügt. Wir möchten also somit heute über das Geschäft befinden.

Christen Peter, SVP: Wir schliessen uns den Vorrednern an. Wir wollen das Geschäft in der Diskussion haben.

Einzelvoten

Donat Ruedi, CVP: Gerne möchte ich der Aussage von Magdalena Küng, bezüglich dem grossen Arbeitgeber, etwas beifügen. Der Verpflichtungskredit kommt auf CHF 1'000.00 pro Arbeitnehmenden, der in der Gemeinde angestellt ist. Dies ist in die Relation zu setzen. Bei mir läuten jedoch die Alarmglocken, wenn ich in der Schlussbetrachtung der Vorlage den folgenden Satz lese:

„Es ist jedoch davon auszugehen, dass personelle und finanzielle Ressourcen dafür erforderlich sind.“

Es handelt sich dabei um ein Fass ohne Boden, welches wir hier öffnen. Bitte stimmen sie dem Nichteintretensantrag zu.

Abstimmung

Der Antrag der CVP

Nichteintreten zu Geschäft 14012 Gemeindeligenschaften – Sicherheitsbild - Konzept

16 wird mit Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Sax Simon, FGPK: Alle Fragen rund um die Sicherheit von Gemeindeligenschaften wurden in den letzten 10 bis 15 Jahren nicht oder nur sehr stiefmütterlich behandelt. Es existiert also weder ein Sicherheitskonzept noch Massnahmenpläne dazu. Das nun zu erstellen ist das Anliegen des Gemeinderates mit dem vorliegenden Bericht und Antrag. Zuerst zwei Punkte zur Erinnerung oder Klärung:

- Der vorliegende Bericht und Antrag hat als Inhalt die Erstellung eines Sicherheitsleitbildes und Sicherheitskonzept. Sollten sich daraus notwendige Massnahmen ableiten, sind diese Kosten nicht im Betrag des Verpflichtungskredites enthalten.
- Im Bericht und Antrag auf der Seite 3 ist unter Priorität 3 noch die Fussballanlage in den Niedermatten aufgeführt. Gemäss nachträglichen Abklärungen sind dort jedoch keine Arbeiten notwendig, da diese

bereits auf Anweisung der Swiss Football League ausgeführt werden mussten. Am Betrag des Verpflichtungskredites ändert sich jedoch nichts, da dies bereits so berücksichtigt wurde und nur auf der Seite 3 als Text noch stehen gelassen wurde.

Das Geschäft war in der FGPK mehrheitlich unbestritten. Diskutiert wurde unter anderem, ob die Arbeiten nicht ganz oder teilweise intern ausgeführt werden könnten und ob die Arbeiten überhaupt nötig sind. Wichtig war es vielen Mitgliedern der FGPK, dass es eine möglichst grosse interne Beteiligung an den Arbeiten geben sollte, damit es kein Papiertiger wird. Abschliessend erkennt die FGPK den Handlungsbedarf und empfiehlt mit 5 Ja, einer Enthaltung sowie einer Nein-Stimme die Annahme der Vorlage.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Ich danke herzlich Simon Sax, dem Sprecher der FGPK, für die kurze und präzise Zusammenfassung des Geschäftes. Ich weise auf den Fehler in der Tabelle hin (auf Seite 3 im Bericht und Antrag), auf welcher die Liegenschaften mit den verschiedenen Prioritäten eingestuft sind. Die Fussballanlage vom Sportzentrum Niedermatten ist in der Vorlage irrtümlich noch aufgeführt. Nachträgliche Abklärungen haben jedoch ergeben, dass im Rahmen der Challenge League bereits ein Sicherheitskonzept für diese Anlage erstellt worden ist. Es sind somit noch zehn gemeindeeigene Liegenschaften und Anlagen in diesem Bericht und Antrag (Prioritäten 1 und 3) vorhanden. Das Sportzentrum Niedermatten bleibt mit zwei Liegenschaften dabei und zwar mit der Tennis- und Leichtathletikanlage. Bei beiden gibt es noch kein Sicherheitskonzept. Dies ist dann wieder relevant für die Einzelkosten der einzelnen Anlagen, welche in der Vorlage im Detail ausgewiesen sind.

Rückweisungsantrag

Lütolf Harry, CVP: Die CVP-Fraktion hat verschiedene Szenarien bei diesem Geschäft diskutiert. Dasjenige, welches uns am liebsten gewesen wäre, das Nichteintreten auf das Geschäft, wurde leider abgelehnt. Das zweite Szenario wäre die Rückweisung dieser Vorlage. Wir sind nicht sicher, ob aus einer anderen Fraktion ebenfalls ein Rückweisungsantrag gestellt werden wird. Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurück zu weisen. Die Begründung und der Auftrag lauten wie folgt. Es ist eine kostengünstigere Variante aufzuzeigen und es sind konkrete Beispiele bezüglich Folgekosten zu bezeichnen.

Wir bleiben jedoch auch in unserer grundsätzlichen Haltung, dass es kein Sicherheitsleitbild und Sicherheitskonzept benötigt. Somit ist der Rückweisungsantrag sicherlich nicht überraschend. Sollte die Rückweisung nicht zustande kommen, dann werden den gemeinderätlichen Antrag ablehnen.

Fraktionsmeinungen

Geissmann Thomas, FDP/Dorfteil Anglikon: Es handelt sich vorliegend wieder einmal um ein typisches Beispiel, wie uns die allerteuerste Variante, welche möglich ist, präsentiert wird. Es läuft immer nach demselben Muster ab. Der Gemeinderat bemerkt, dass etwas gemacht werden muss (und dass lange nichts unternommen wurde) und engagiert ein Expertenbüro. Es handelt sich dabei immer um hochspezialisierte Expertenbüros, welche natürlich ganz viele Stunden verkaufen möchten. Dabei offerieren sie immer die Maximalvariante und haben dabei den Gemeinderat im Griff, da dieser die Verantwortung abschieben möchte. Wenn das Expertenbüro hier den Lead hat, dann sind wir fein raus. Das ist vielleicht etwas überspitzt formuliert. Ich erwarte, dass der Gemeinderat endlich die Verantwortung übernimmt. Die zusätzlichen Stellen wurden durch den Einwohnerrat bewilligt. Die Stellen wurden gesprochen, weil es günstiger kommt, wenn man die Aufgaben selber im Haus erledigen kann, statt sie extern erledigen zu lassen. Mir ist durchaus bewusst, dass nicht alles intern gemacht werden kann. Ich bin hier nicht ganz einig mit der CVP, welche meint, dass gar nichts gemacht werden muss. Man muss ganz sicher etwas unternehmen, aber sicher nicht im Umfang von CHF 120'000. Mit diesem Betrag kann eine Person ein ganzes Jahr daran arbeiten. Der Bericht und Antrag ist völlig über das Ziel hinaus geschossen. Wir sind der CVP sehr dankbar für ihren Rückweisungsantrag. Es kommt einigermaßen überraschend, dass sie einmal „Flagge zeigen“. Wir appellieren nun an die SVP. Sie haben sich in den letzten Jahren immer für die Finanzpolitik und für vernünftiges Handeln in Bezug auf die Kosten eingesetzt. Im Moment sieht es danach aus, dass dies plötzlich keine Rolle mehr spielt. Unsere Fraktion FDP und Dorfteil Anglikon wird den Rückweisungsantrag mehrheitlich unterstützen.

Stirnemann Alex, SP: Die Argumente wiederholen sich und so wiederholen sich auch die Meinungen. Wir sind nicht der Meinung, dass die Vorlage zurückgewiesen werden sollte. Ich möchte mich noch kurz zum „Expertenvotum“ äussern. Dass wir alles extern geben hat auch seinen Grund. Bei der Gemeinde Wohlen

handelt es sich nicht um einen Kleinbetrieb mit fünf oder sechs Angestellten und einem „Häuschen“. Wir sind ein relativ grosser Betrieb mit vielen Mitarbeitenden und vielen gemeindeeigenen Anlagen und Liegenschaften. Wir sind der Meinung, dass wir ein gutes Sicherheitsleitbild und ein gutes Sicherheitskonzept erarbeiten müssen und nicht irgendein „Gebastel“. Erstens, weil es besser kommt und zweitens, weil die intern anfallenden Kosten nirgends erscheinen. Dies bedeutet, dass trotzdem gearbeitet wird, die Kosten fallen ebenso an und am Schluss erhält man vielleicht ein schlechtes Konzept. Ohne, dass ich das negativ formulieren möchte für diejenigen, welche dies erarbeiten müssten. Sie weisen ja selber darauf hin, dass das nicht in ihrem Fachbereich liegt.

Läufer Marc, SVP: Grundsätzlich möchten wir den Rückweisungsantrag unterstützen. Jedoch stellen wir in diesem Zusammenhang noch einige Fragen. Sollte der Antrag auf Rückweisung angenommen werden und das Geschäft erneut dem Einwohnerrat vorgelegt werden, dann möchte ich wissen, ob die Gemeinde Wohlen über eine Haftpflichtversicherung verfügt und wie hoch die versicherte Summe ist. Weiter möchte ich wissen, ob das Sicherheitskonzept auch das Gebäude miteinbezieht und was dies am Ende kostet. Denn es gibt viele Vorschriften der SUVA, welche umgesetzt werden müssen. Zum Beispiel eine Absturzabsicherung bei Fachdächern oder doppelte Handläufe im Treppenhaus. Das müsste unserer Meinung nach behandelt werden können und daher unterstützen wir den vorliegenden Rückweisungsantrag.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Die Fragen von Marc Läufer kann ich nicht selbst beantworten und daher bitte ich, das Wort dem Bereichsleiter Sicherheit oder der Abteilungsleiterin Liegenschaften zu erteilen.

Christen Marcel, Bereichsleiter Sicherheit: Die Gemeinde Wohlen hat mit Sicherheit eine Haftpflichtversicherung. Die Garantiesumme wird wohl zwischen CHF 3 und 5 Mio. liegen. Im Detail müssten wir dies jedoch abklären. Zu den Offerten kann die Abteilungsleiterin Liegenschaften Auskunft erteilen.

Kuscuoglu Zeliha, Abteilungsleiterin Liegenschaften: Die Ausgangslage gestaltet sich wie folgt. Den Baufachleuten im Einwohnerrat ist sicher bekannt, dass es einen Bautenschutz gibt. Wenn wir also feststellen, dass wir Handläufe in unseren Gebäuden eingebaut haben, welche nicht den Bestimmungen der SUVA entsprechen, dann müssen wir diese erst bei einer grösseren Sanierung erneuern. Im Casino gab es vor einigen Jahren den schweren Unfall, bei dessen Folge jemand verstorben ist.

Küng Magdalena, Grüne: Bei den betroffenen Gebäuden gibt es viele verschiedenen Nutzungsarten. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass verwaltungsintern Personen vorhanden sind, welche das Ganze vollständig beurteilen und ein entsprechendes Konzept ausarbeiten können. Anlässe, welche im Casino stattfinden sind keinesfalls mit einer Tennisanlage zu vergleichen. Wir werden dem Rückweisungsantrag nicht zustimmen.

Sax Simon, GLP/EVP: Ich schliesse mich der Meinung von Magdalena Küng an. Wir sind dezidiert der Ansicht, dass eine interne Person die verschiedenen Nutzungen der vorhandenen Liegenschaften nur schwerlich zu beurteilen vermag. Bei uns schlagen jedoch zwei Herzen in der Brust. Im Betrag von CHF 120'000 sind 99 Beratertage enthalten. Wenn man dies nun umrechnet, dann ergibt dies bei 20 Arbeitstagen/Monat eine Zeitspanne von fünf Monaten mit voller Arbeitsleistung. Diese Person, bei welcher es sich um eine Fachperson handelt, welche mit der Arbeit vertraut ist, würde sich dann fünf Monate nur um dieses Projekt kümmern. Gefühlsmässig erachten wir dies als sehr viel. Wir sind der Meinung, dass es wohl durchaus günstigere und pragmatischere Lösungen geben kann. Nach der Ausgabe des beantragten Verpflichtungskredits haben wir jedoch einfach nur das Konzept und ein Sicherheitsleitbild. Dies hört sich sicher nicht schlecht an. Aber man hat noch keine Umsetzung gemacht. Man hat kein neues Geländer angebracht, keine Tafeln für Besammlungspunkte erstellt, man hat nichts – ausser beschriebenes Papier. Diese Argumentation würde eigentlich für eine Rückweisung sprechen. Ich befürchte hingegen, dass wenn der Einwohnerrat die Vorlage dem Gemeinderat für eine Überarbeitung zurückweist, dass das Geschäft für die nächsten 25 Jahre in einer Schublade verschwindet. Es fragt sich, ob der Gemeinderat gewillt ist, das Geschäft, mit Verbesserungen, nochmals zu traktandieren.

Einzelvoten

Geissmann Thomas, FDP: Es wurde in der Vergangenheit nicht nichts gemacht. Mit vorliegendem Bericht und Antrag wirft man alles Erarbeitete weg und beginnt von vorne. Man möchte vorliegend ein Expertenbüro engagieren. Ein solches Unternehmen möchte sich wohl auch absichern und so besteht meiner Meinung nach tatsächlich die Gefahr, dass die Mängelliste am Ende einen Umfang von 3'000 Punkten aufweist. Denn wenn ein Unfall geschieht und es stellt sich heraus, dass das Expertenbüro den Mangel nicht erkannt hat, wird sich zwangsläufig die Schuldfrage stellen. Es ist somit damit zu rechnen, dass ein Expertenbüro jedes einzelne Detail auf einer solchen Liste auführen wird und dass dies wiederum wahnsinnig hohe Folgekosten mit sich ziehen wird. Der pragmatische Ansatz in der Vorlage fehlt mir komplett. Es wurde einfach wieder einmal die teuerste Variante ausgesucht, um der Gefahr aus dem Weg zu gehen, einen Fehler zu begehen. Das Problem ist einfach, dass wir Steuerzahler dies alles berappen müssen.

Keller Samuel, FDP: Wenn man ein Gebäude neu baut oder umbaut, dann wird die Sicherheit auch geprüft. Was vorliegend verlangt wird ist, dass über sämtliche Liegenschaften eine Prüfung der Sicherheit erfolgt. Das ist doch nicht notwendig. Wir müssen das Geld nicht jetzt ausgeben, sondern nur dann, wenn eine Liegenschaft umgebaut wird.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Im Gegenteil Thomas Geissmann, der Gemeinderat nimmt hier seine Verantwortung erst recht wahr und schieben die Verantwortung nicht ab. Es geht hier um eine Pflicht und eine moralische Verantwortung, welche wir tragen. Wir brauchen ein Sicherheitsleitbild und ein Sicherheitskonzept und die Umsetzung gehört auch dazu. In der Vergangenheit wurde das von früheren Gemeinderäten immer aufgeschoben. Die Thematik hätte schon längststens angegangen werden sollen. Der Zeitpunkt ist da, bei welchem das Ganze integral angeschaut werden muss und wir uns eine Grundlage mit entsprechenden Fachpersonen erarbeiten sollten. Die Fachexperten lassen uns die Umsetzungen ja frei. Es liegt selbstverständlich in unserer Hand, welche Massnahmen umgesetzt werden sollen und wann das dies erfolgen soll. Wir können entscheiden, ob bei publikumsintensiven Anlagen wie zum Beispiel das Casino, bauliche Mängel behoben werden sollen. Oder ob bei Anlagen mit der Prioritätsstufe 3, zum Beispiel die Tennisanlage, die Umsetzung zu einem späteren Zeitpunkt gestartet wird. Wir müssen somit keinesfalls alles zeitgleich umsetzen. Für uns als Gemeinderat ist es jedoch auch klar, dass es Folgekosten generieren wird. Der Bericht und Antrag ist sehr ausgewogen und umfassend formuliert. Er zeigt schonungslos auf, dass in den letzten Jahrzehnten nichts gemacht wurde.

Kuscuoglu Zeliha, Abteilungsleiterin Liegenschaften: In der Gemeindebibliothek kam es dieses Jahr zu Vorfällen, bei welchen Gemeindeangestellte tätlich angegriffen worden sind. In diesem Zusammenhang wurden Sofortmassnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in der Bibliothek ausgelöst. Weiter ist im Wietlisbach-Schulhaus einer Lehrerin ein Fenster auf den Kopf gefallen, wodurch sie Verletzungen erfahren hat. Es kommt immer wieder zu solchen Vorfällen, welche wir nicht in den Medien kommunizieren. Der Handlungsbedarf ist gegeben.

Wenn öffentliche Grossveranstaltungen in der Bleichi, Hofmatten und Casino stattfinden und wir über kein Sicherheitskonzept verfügen, ist dies seitens des Veranstalters beizubringen. Zudem muss von diesem ein Sicherheitsbeauftragter während der Veranstaltung engagiert werden.

Heinrich Daniel, CVP: Die Abteilungsleiterin Liegenschaften berichtete vorhin von einem Unfall im Schulhaus Wietlisbach. Der Unfall geschah, obschon es für das Schulhaus ein Sicherheitsdispositiv gibt. Für die Schulhäuser gibt es Sicherheitskonzepte. Somit hat dies mit dem vorliegenden Bericht und Antrag nicht zu tun. Wir sind eine Gemeinde und könnten uns mit anderen Gemeinden in der gleichen Grösse und mit ähnlichen Gebäudeinfrastrukturen in Verbindung setzen, um von deren Wissen zu profitieren. Bitte unterstützen Sie den vorliegenden Rückweisungsantrag, so dass der Gemeinderat beauftragt werden kann, in Zusammenarbeit mit dem Bereich Sicherheit, eine neue überarbeitete Vorlage zu erstellen.

Frischknecht Julia, GLP: Es handelt sich um einen interessanten Punkt, dass Sicherheitskonzepte von Gebäuden von anderen Gemeinden übernommen werden sollen. Gerne würde ich über diese Möglichkeit mehr wissen. Es stellen sich die Fragen, inwiefern dies möglich ist und wie gut das geht. Weiter möchte ich wissen, wie sehr ein Sicherheitskonzept auf eine Gemeinde ausgerichtet sein muss.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Wir haben als Gemeinderat die Pflicht Ihnen die Defizite aufzuzeigen und mitzuteilen, dass ein Handlungsbedarf besteht. Wir sind dafür verantwortlich, dass die im Eigentum der Gemeinde stehenden Objekte allen Sicherheitsstandards entsprechen. Ich weise darauf hin, dass diese Liegenschaften im öffentlichen Nutzen stehen. Der wesentliche Punkt dabei ist die Gewährleistung der Anforderungen der Arbeitssicherheit und der Unfallverhütung. Der Gemeinderat zeigt Ihnen mit dem Bericht

und Antrag, wie er das Vorgehen diesbezüglich sieht. Wir schauen nämlich erst, wo ein Bedarf besteht und erst in einem weiteren Schritt werden die daraus resultierenden Massnahmen beschlossen. Es Ihnen als Legislative frei, das Geschäft anzunehmen oder es abzulehnen. Ich sehe es allerdings nicht als sinnvoll an, zum jetzigen Zeitpunkt über einzelne Details zu sprechen. Der Gemeinderat wird bei eine Rückweisung des Geschäftes selbstverständlich darüber beraten, in welcher Form das Geschäft überarbeitet werden soll.

Christen Marcel, Bereichsleiter Sicherheit: Grundstrukturen von Konzepten kann man sicher übernehmen. Es werden sicher auch solche zur Verwendung gelangen. Weil sich jedoch in allen Städten und Dörfern die Gebäude unterscheiden, können solche Sicherheitskonzepte nicht ohne Anpassung übernommen werden. Allein schon das Alter eines Gebäudes bringt verschiedene Unterschiede mit sich. Man kommt wohl nicht darum herum jedes Gebäude für sich individuell zu betrachten.

Abstimmung

Der Rückweisungsantrag der CVP wird mit 25 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen angenommen.

Bericht und Antrag 14013 Entwicklung Gewerbegebiet Wil/Huebächer:
1. Genehmigung Verpflichtungskredit für die Erschliessungsplanung
und die Durchführung der öffentlich-rechtlichen Landumlegung
2. Bewilligung Kauf von fünf Parzellen

Stirnemann Alex, FGPK: Die Gemeinde Wohlen verfügt über keine grösseren Landreserven in der Gewerbezone mehr. Somit ist ihr direkter Einfluss auf die Entwicklung des lokalen Wirtschaftsstandortes eher gering. Das Wirtschaftsprofil der REPLA Region Unteres Bünztal, bei welcher die Gemeinde Wohlen der „Hauptplayer“ ist, verrät, dass wenig Wertschöpfungsintensive Branchen die Überhand haben, dazu gehören u.a. die Logistik und die Baubranche. Der Anteil unserer Region am realen Kantonalen BIP beträgt lediglich 5%. Noch schwächer sind die Regionen mit einem starken Landwirtschaftssektor. Wohlen, und das gesamte Freiamt ist jedoch die stärkste Wachstumsregion im Kanton, entsprechend ist es wichtig auch lokal hochwertige Arbeitsplätze anbieten zu können. Mit einem Kauf und einer entsprechenden Erschliessung eines der letzten grösseren Landflecken in der Gewerbezone unserer REPLA, kann die Gemeinde Wohlen, sich aktiv für eine positive Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Wohlen einsetzen. Die Gemeinde hat dabei selbst in der Hand, welche Firmen ihre Arbeitsplätze hierher bringen. Das Ziel soll es sein, Firmen aus Wertschöpfungsintensiven Branchen anzuziehen und diesen das erschlossene Land entweder zu verkaufen oder im Baurecht abzugeben. Dies nennt man eine aktive Förderung des Wirtschaftsstandortes seitens des Gemeinderates. Es ist somit genau das, was einige Parteien von Links bis Recht im vergangenen Wahlkampf gefordert haben. Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission empfiehlt ihnen deshalb einstimmig, sowohl der Erschliessung als auch dem Kauf der fünf Parzellen im Gewerbegebiet Wil/Huebächer zuzustimmen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Es geht beim vorliegenden Geschäft um den Kauf der fünf Parzellen im Gewerbegebiet, sowie um die Erschliessung des Schildes. Mit dem Kauf kann die Wirtschaftsregion Freiamt und Unteres Bünztal gestärkt werden. Grundsätzlich haben wir eine tiefe Wertschöpfung in der Region. Der Gemeinderat möchte gerne etwas dagegen unternehmen.

Die Gemeinde hat eine Erschliessungspflicht von baureifen eingezonten Gewerbeland, wenn die Eigentümer dies einfordern. Vorliegend wurde das Begehren um Einzonung gestellt und somit muss die Gemeinde das Areal erschliessen. Die Kosten für die Erschliessung können erst im Anschluss an die Planung beziffert werden. Ein entsprechender Verpflichtungskredit wird dem Einwohnerrat zu gegebener Zeit vorgelegt werden. Wie in der Vorlage ausgeführt, erfolgt die Vorfinanzierung bzw. die Rückfinanzierung durch die Landeigentümer nach Anteil der Perimeterbeiträge. Mit dem Kauf der fünf Landparzellen möchte der Gemeinderat gerne die Führung übernehmen, denn so können wir entscheiden, was für Gewerbe sich künftig in unserer Gemeinde ansiedeln wird. Es geht darum die regionalen Wirtschaftsstrukturen nachhaltig stärken zu können. Je grösser eine Fläche ist worüber man selber befinden kann, umso besser kann man das Ganze ansteuern. Es handelt sich in dem Sinn um eine Investition, welche eine aktive Landpolitik mit sich bringt. Mit dem Kauf kann dem Gewerbe einerseits die Möglichkeit geboten werden, sich zu entwickeln und andererseits kann neues Gewerbe angesiedelt werden. Es handelt sich hier um eine Verschiebung der Bilanzwerte und nicht um den Verbrauch eines Konsumgutes. Wir bitten den Einwohnerrat den beiden Anträgen wie vorliegend zuzustimmen.

Fraktionsmeinungen

Frischknecht Julia, GLP/EVP: Wir danken der FGPK für die Behandlung des Geschäftes und Alex Stirnemann für sein Votum, welches wir so unterstützen können. Dass mit dem Kauf der Landparzellen neues Gewerbe angesiedelt werden kann, sehen wir als sehr positiv an. Damit können höher bezahlte Arbeitsplätze geschaffen werden, was wiederum allen Parteien entgegenkommen sollte. Wenn diese Arbeiter dann auch noch gerne in der Gemeinde Wohlen leben möchten, würde uns das gute Steuerzahler und damit auch eine höhere Steuerkraft bringen. Aus diesem Grund unterstützen wir diese beiden Anträge und damit den Kauf und die Erschliessung.

Keller Anna, Grüne: Wir befürworten auch beide Anträge. Es ist wichtig für uns, dass der Gemeinderat Schritte zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur unserer Gemeinde unternimmt. Denn wir brauchen weitere Arbeitsplätze und Gewerbe mit einer besseren Wertschöpfung. Mit dem neuen Landstück und dessen Erschliessung kann der Gemeinderat aktiv diese Entwicklung fördern. Es ist das letzte grössere Landstück für Gewerbe in der Region und liegt ideal für neue Firmen. Es wird jetzt verkauft und wir Grüne meinen, dass wir jetzt auch unbedingt zugreifen sollen.

Donat Ruedi, CVP: Die CVP dankt dem Gemeinderat für die Erarbeitung dieser Vorlage. Wir befürworten das vorausschauende Vorgehen. Mein Eintreten teile ich auf in die Erschliessung und den Kauf der Parzellen.

Die CVP unterstützt die Erschliessungsplanung. Wir sind auch überzeugt, dass ein öffentlich rechtliches Verfahren richtig ist und die Federführung bei der Gemeinde bleibt. Wenn auch erst über den Verpflichtungskredit für die Erschliessungsplanung abgestimmt wird, hätten wir von der CVP gerne mehr Informationen gehabt. So fehlt uns der Perimeter-Umfang, darauf abgeleitet der Kostenumfang für die nachfolgende Erschliessung. Es ist nicht nachvollziehbar, warum diese in der Verwaltung vorhandenen Daten nicht geliefert wurden. Ich werde sie Ihnen nachliefern: Der Umfang des Perimeters beträgt über 6ha. Wenn diese Fläche mit dem prognostizierten Quadratmeterpreis CHF 80.00 bis 100.00 hochgerechnet wird, reden wir von CHF 4.8 bis 6 Mio. Erschliessungskosten. Das heisst, dass die Gemeinde diesen Betrag vorfinanzieren muss. Das heisst auch, dass es hierfür eine Volksabstimmung braucht. Von alldem ist im vorliegenden Bericht und Antrag nichts zu lesen. Hier stellt sich die berechnete Frage, wie geht der Gemeinderat mit uns Einwohnerratsmitgliedern um. Hat sich der Gemeinderat nicht auf die Fahne geschrieben ehrlich und transparent zu kommunizieren. Die Schrebergärten werden mit lediglich zwei Sätzen abgefertigt. Die Zukunft sei durch die Ortsbürgergemeinde festzulegen und mögliche Ersatzstandorte seien zu prüfen. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass die Schrebergarten Siedlung vor mehreren Jahrzehnten dort angesiedelt wurde, weil nach Kriegsende ein grosses Bedürfnis dieser Schrebergartenkultur auch in Wohlen bestand. Auch dazumal schon hat die Ortsbürgergemeinde Hand geboten, Land für eine sinnvolle Sache zur Verfügung zu stellen. Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass dies, wenn es denn wirklich weiterhin gewollt wird, eine Aufgabe der Einwohnergemeinde ist. Mittlerweile sind über 120 Parteien am Gärtnern und haben dort eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung. 120 Parteien, die sich dort eingerichtet und zum Teil massiv investiert haben. Für die Betroffenen mag es wie ein Hohn vorkommen, wenn sie aus der Presse erfahren wie mit ihnen geschehen soll und der Gemeinderat im Bericht und Antrag schreibt, die Verträge laufen noch bis Oktober 2020. Zu beachten gilt, dass im Vertrag mit dem Verein „Schrebergarten Wilermoos“ ein Jahr Kündigungsfrist besteht. Das heisst, dass der Vertrag bereits in 15 Monaten gekündigt werden muss. Der Gemeinderat würde mögliche Ersatzstandorte prüfen, lässt er uns im Bericht und Antrag mitteilen. Im Wissen, dass mögliche Standorte dünn gesät sind und ein allfälliges Umzonungsverfahren eingeleitet werden muss. Auch hier möchten wir wissen, weshalb wir nicht mehr Informationen erhalten. Wir ziehen das Fazit, dass wenn der uns aufgezeigte Terminplan im Bericht und Antrag eingehalten werden soll, wird der Schrebergartenkultur im Wilermoos der Riegel geschoben. Es ist nur schwer möglich in dieser kurzen Zeit einen Ersatzstandort entsprechend zu evaluieren. Um den Gemeinderat diesbezüglich zu unterstützen, wird die CVP eine entsprechende Motion einreichen. Ich werde sie in Umlauf geben, damit alle die möchten unterschreiben können.

Dem Landkauf kann die CVP ebenfalls zustimmen. Es ist eine Investition in die Zukunft. Man bedenke aber, es werden CHF 3.5 Mio. ausgegeben. Das Geld muss auf dem Kapitalmarkt beschafft werden. Die Liquidität unserer Gemeinde lässt nichts anderes zu. Und, ob diese Investition gewinnbringend zurückkommt, ist aus Sicht der CVP nicht gesichert. Denn Gewerbeland mit einem Verkaufspreis von über CH 350.00/m² ist ein stolzer Preis. Es ist fraglich, ob dieser Preis realisiert werden kann. Fazit, die CVP verzichtet auf den anfänglich in der Fraktion diskutierten Rückweisungsantrag. Wir möchten nicht als Verhinderer abgestempelt werden. Wir möchten aber, dass in Zukunft alle vorhandenen Fakten zu einem Geschäft dem Einwohnerrat präsentiert werden. Die CVP stimmt dem Planungskredit und dem Kauf der Parzellen zu.

Pascolin Laura, SP: Die SP erachtet den Kauf und Erschliessung der Parzellen im Wil/Huebächer Gebiet als wichtigen Schritt für Wohlen – nicht nur vom finanzpolitischen Aspekt her gesehen sondern auch vom wirtschaftspolitischen. Land zur Verfügung zu stellen ist ein effektives Instrument in der Wirtschaftsförderung. Damit Wohlen wettbewerbsfähig bleibt, muss es geeignete Immobilien sowie Gewerbeland für ansiedlungswillige Unternehmen anbieten können. Die SP ist für stetiges Wachstum, natürlich auch im ökologischen Sinn. Deshalb unterstützen wir den Bericht und Antrag in beiden Punkten.

Eberhart Andreas, SVP: Wir unterstützen die aktive Gewerbelandpolitik des Gemeinderates. Die SVP befürwortet die Erschliessung des Areals und den Kauf der fünf Parzellen.

Geissmann Thomas, FDP/Dorftail Anglikon: In unserer Fraktion wurde das Geschäft ähnlich lange diskutiert wie bei der CVP, jedoch aus einem ganz anderen Grund. Die Gemeinde Wohlen verfügt über keine eigenen grösseren Grundstücke mehr. Dies ist jedoch die Grundlage, um einem Unternehmen die Ansiedlung in der Gemeinde zu ermöglichen. Das stellt eine Gefahr für die weitere Entwicklung unserer Gemeinde dar. Der Erwerb und die Erschliessung von Bauland, welches sogar schon eingezont ist, scheint eine grossartige Gelegenheit zu sein. Der Grundstückspreis ist aus unserer Sicht vernünftig. Der Haken liegt jedoch an einem ganz anderen Ort. Die Verschuldung der Gemeinde Wohlen steigt immens. Es stehen teure Investitionsprojekte an. Wir sehen es zwar als eine Aufgabe an, brach liegendes Bauland zu erschliessen und so Investoren zugänglich zu machen. Leider hat jedoch der Einwohnerrat in seiner letzten Sitzung beschlossen, eigenes Bauland nur noch im Baurecht abzugeben. Einen Monat später werden nun die Auswirkungen von diesem fatalen Entscheid sichtbar. Obschon die Verschuldung eines der grössten Probleme von Wohlen ist, horten wir nun dasjenige Land, welches wir kaufen wollen. Das Darlehen, welches dafür aufgenommen wird bleibt bestehen und kann nicht zurückbezahlt werden, weil wir das Land ja nicht weiter veräussern dürfen. Wir verschlimmern also somit ausgerechnet diejenigen Finanzkennzahlen, bei welchen wir ohnehin ganz schlecht abschliessen und welche uns irgendwann einmal zum Verhängnis werden. Also insbesondere die Nettoschuld pro Einwohner wird sich um einiges schlechter darstellen mit dem Erwerb dieses Landes. Es scheint so, als könnten wir uns alles leisten. Was noch schlimmer ist, dass wir im Rat immer wieder von Standortmarketing sprechen, uns jedoch für Investoren immer unattraktiver machen. Viele Unternehmer siedeln sich nur an, wenn sie Bauland kaufen können. Wenn sie das Bauland nur im Baurecht erhalten können, verlieren sie das Interesse. Die Hunn Gartenmöbel AG wäre heute womöglich in Wohlen, wenn er hier Bauland zum Erwerb gefunden hätte. Nun ist er jedoch in Bremgarten, da er dort Bauland erwerben konnte. Ein Teil unserer Fraktion sieht nicht ein, dass wir unsere derzeitige schwierige Finanzlage mit dem Kauf von zusätzlichem Land noch weiter verschlechtern. Letztendlich handelt es sich jedoch um eine Güterabwägung. Wollen wir die Entwicklung unserer Gemeinde verhindern, nur weil der Einwohnerrat einen leichtsinnigen und übereilten Fehlentscheid getroffen hat. Insgeheim hoffen wir, dass der Gemeinderat sich der negativen Auswirkungen von einer Weitergabe „nur“ im Baurecht bewusst wird und diesen Fehlentscheid dem Einwohnerrat zur Wiedererwägung vorlegt.

Einzelvoten

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Vielen Dank für die grundsätzlich positive Aufnahme des Geschäftes. Gerne möchte ich noch einige Ausführungen anbringen zu Aussagen, welche getätigt worden sind. Die Überweisung des Vorstosses bezüglich der Abgabe von Bauland im Baurecht erfolgte als Postulat. Es war der Vorstoss der Grünen, in welcher eine Forderung aufgeführt war, dass jeweils die Prüfung der Abgabe im Baurecht oder der Verkauf des Landes erfolgen soll. Die explizite Forderung der Abgabe im Baurecht betrifft hingegen nur das Isler-Areal. Somit besteht auch die Möglichkeit zum Verkauf des Gewerbelandes, es muss nicht zwingend im Baurecht abgegeben werden. Der Gemeinderat teilt bei dieser Thematik die Haltung der FDP.

Die Gesamtfläche des Areals, welche nicht überbaut ist beträgt 4.9 ha. Diese Flächenangabe, welche mittelfristig als Gewerbezone, respektive als Bauland zur Verfügung stehen wird, wurde auch dem Kanton gemeldet. Bezüglich den Schrebergärten verwundert mich die Aussage von Ruedi Donat sehr, denn die Gespräche mit dem Schrebergartenverein haben schon vor längerer Zeit stattgefunden und meines Wissen auch in Anwesenheit von ihm selbst, als ehemaliger Gemeinderat. Es stellt sich somit etwas anders dar, als von Ruedi Donat geschildert. Der Verein ist vom Projekt in Kenntnis gesetzt und hat nicht erst mit dem vorliegenden Bericht und Antrag davon erfahren. Der Gemeinderat schreibt im Bericht und Antrag, dass die Ortsbürgergemeinde einen Vertrag mit dem Schrebergartenverein bis ins Jahr 2020 hat. Es liegt somit dann an der Ortsbürgergemeinde und nicht an der Einwohnergemeinde zu entscheiden, was mit den Schrebergärten an diesem Ort langfristig geschehen soll. Über den Bedarf von Schrebergärten und ob eine Gemeinde eine solche Anlage in der Gewerbezone anbieten muss, kann man jederzeit wieder politisch diskutieren. Wie es der Gemeinderat vorliegenden Falls ausgeführt hat, ist es ein Bestandteil der Planung, dass geschaut wird, wohin diese Schrebergärten allenfalls alternativ platziert werden könnten. Es gibt hier noch einige Möglichkeiten welche geprüft werden.

Donat Ruedi, CVP: Ich widerspreche unserem Gemeindeammann nur ungern, aber der Perimeter, welche im Bericht und Antrag ausgemerkt dargestellt ist, ist genau 62'374 m² gross. Diese Zahlen habe ich vom Leiter Abteilung Planung, Bau und Umwelt persönlich erhalten. Ich kann Ihnen somit auf den Franken genau mitteilen, was die Erschliessung des Landes kosten wird. Der Betrag wird sich auf CHF 4'989'920

belaufen, wenn man von einem Betrag von CHF 80.00/m² und CHF 6'237'400, wenn man von Erschliessungskosten von CHF 100.00/m² ausgeht. Weiter wurde im Jahr 2010 der Rebberg, mit einer Fläche von 66'000m², erschlossen. Im damaligen Bericht und Antrag waren Erschliessungskosten im Betrag von CHF 108.00/m² veranschlagt. Der dem Volk beantragte Verpflichtungskredit betrug rund CHF 7 Mio. Schlussendlich wies die Abrechnung, welche am 9. Januar 2017 erstellt wurde, eine Unterschreitung von CHF 1.5 Mio. auf. Die effektive Erschliessung kostete CHF 5'461'000. Die aufgeführten Erschliessungskosten im Bericht und Antrag von CHF 80.00/m² bis 100.00/m² stimmen somit ziemlich genau. Wenn man den Perimeter öffentlich-rechtlich erschliesst, ist das Land der Erbgemeinschaft Wildi auch einzubeziehen.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

1. *Genehmigung eines Verpflichtungskredites für die Erschliessungsplanung und die Durchführung der öffentlich-rechtlichen Landumlegung im Gesamtbetrag von brutto CHF 86'000 (inkl. 7.7% MWST).*

wird mit 38 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme zugestimmt.

Dem gemeinderätlichen Antrag

2. *Bewilligung Kauf der Parzellen Nr. 751, 752, 755, 756, 757 mit einer gesamten Fläche von 14'330 m² für einen Kaufpreis von je CHF 250.00/m² für Total CHF 3'582'500.*

wird mit 38 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme zugestimmt.

Bericht und Antrag 14014 Sanierungsmassnahmen Bünz-Brücken – Verpflichtungskredit

Heinrich Daniel, FGPK: Der vorliegende Bericht und Antrag sieht Sanierungsmassnahmen von Bünz-Brücken vor. Wie Sie alle aus Ihren Unterlagen ersehen können, haben gewisse Brücken eine Sanierung notwendig. Grosse Sanierungen stehen bei den Brücken an der Rigackerstrasse und an der Allmendstrasse an. Mittlere/geringere Sanierungen stehen von den Fussgängerbrücken „Lätschbrüggli“, Junkholz 3, Junkholz 4 und der strassenbrücken Junkholz an. Die Kosten betragen inkl. von Reserven von 15% und Mehrwertsteuer CHF 480'000. Es ist bekannt, dass im Rahmen des Hochwasserschutzes Unteres Bünztal bereits viele Projekte realisiert worden sind. Der Kanton möchte die Brücken an ihrer Unterseite verschalen, sodass bei einem Hochwasser kein Schwemmholz aufgeschwemmt werden kann. Im selben Atemzug hat die Gemeinde, als Eigentümerin dieser Brücken, diese kontrollieren lassen und hat Mängel an den Brücken festgestellt. Es macht Sinn, die Sanierung zum jetzigen Zeitpunkt durchzuführen und die Verschalung des Kantons im Anschluss anzubringen. Der Kanton würde die Verschalung auch ohne die Sanierung der Brücken anbringen, eine spätere Sanierung der Brücken würde einen enormen Mehraufwand und hohe Mehrkosten generieren. Die FGPK hat dem Verpflichtungskredit für die Sanierungsmassnahmen Bünz-Brücken einstimmig zugestimmt.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich danke dem Sprecher der FGPK für seine Ausführungen. Es gibt nicht mehr viele Ergänzungen dazu. Der Einwohnerrat hat den Untersuchungen der Brücken bereits zu einem früheren Zeitpunkt zugestimmt. Der vorliegende Bericht und Antrag resultiert nun daraus. Damals ging man von einem Kostenaufwand von CHF 160'000 aus. Dieser Betrag wurde dann auch im Budget eingestellt. Es hat sich nun herausgestellt, dass dieser Betrag nicht ausreicht. Insbesondere die Sanierungsmassnahmen von zwei Brücken fallen deutlich höher aus. Dies ist der Grund, weshalb wir Ihnen den Bericht und Antrag vorlegen. Wie es Daniel Heinrich in seinem Votum bereits ausgeführt hat, wäre eine Nichtumsetzung eine verpasste Chance, weil die Brücken ohnehin früher oder später saniert werden müssen, was erheblich höhere Kosten mit sich bringen würde. Kein Bestandteil in dieser Vorlage ist eine Brücke in Anglikon. Diese Brücke befindet sich in einem derart schlechten Zustand, dass ein Neubau in Betracht gezogen werden muss.

Fraktionsmeinungen

Berns Sebastian, GLP/EVP: Die vorliegenden Sanierungsmassnahmen wurden frühzeitig erkannt. Entsprechende Untersuchungen wurden eingeleitet. Die Erkenntnisse davon sind in die Kosten eingeflossen. Wir erkennen die Dringlichkeit der Sanierungsmassnahmen, auch ohne die zusätzlichen Stahlbleche, welche der Kanton anbringen wird. Die meisten Sanierungsmassnahmen betreffend Betonteile, bei denen Armierungen an die Oberfläche gelangen und so ungeschützt vor Wasser und Salz rosten können. Zu warten wird immer teurer, was man anhand von den beiden teureren Brücken feststellen kann. Aus diesem Grund werden wir dem Geschäft einstimmig zustimmen.

Dietrich Stefanie, CVP: Im Rahmen der kantonalen Hochwasserschutzmassnahmen Bünztal beabsichtigt der Kanton an der Unterseite der Brücken Stahlbleche zu montieren. Das ist die Ausgangslage. In den nächsten Jahren müssten unsere Bücken ohnehin saniert werden, sodass die Sicherheit weiterhin gewährleistet werden kann. Um zusätzliche und unnötige Kosten zu vermeiden, indem dass die Stahlbleche zu einem späteren Zeitpunkt für die Sanierungsmassnahmen wieder demontiert werden, um dann anschliessend wieder montiert zu werden, ergibt eine jetzige Sanierung Sinn. Die beantragte Summe beläuft sich auf fast eine halbe Million Franken. Damit können jedoch sechs Brücken wieder instand gestellt werden. Die CVP unterstützt das Geschäft und wird diesem einstimmig zustimmen.

Christen Peter, SVP: Bevor man ein Auto neu spritzt oder eine Beule repariert wird jedermann bedacht sein, die Grundstruktur und die Karosserie seines Autos in einem Zustand zu bringen, der eben genau diese Reparaturarbeiten nachhaltig möglich macht. Genau gleich verhält es sich mit den Bünzbrücken in den Gemeinde Wohlen und Anglikon. Selbstverständlich ist es nötig, dass alle Bünzbrücken auf dem Gemeindegebiet so instand gestellt werden, dass sie danach mit den angedachten Blechverkleidungen, welche vom Kanton angebracht werden und auch finanziert sind, verkleidet werden können. Eine Blechver-

kleidung der Unterseite einer maroden Brücke macht keinen Sinn. Sie könnte so ungesehen weiter zerfallen. Unter diesen Voraussetzungen stimmt die SVP Fraktion dem Bericht und Antrag zu. Wir finden es aber schade, dass diverse Brücken in Wohlen und Anglikon über Jahrzehnte nicht unterhalten worden sind.

Hyde Dorian, SP: Die SP ist derselben Meinung, wie die anderen Fraktionen und aus diesem Grund wiederhole ich die Argumentationen nun nicht. Die SP wird dem Geschäft auch zustimmen.

Keller Samuel, FDP/Dorfteil Anglikon: Auch die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon wird dem Bericht und Antrag zustimmen.

Matter Schlein Franziska, Grüne: Auch unsere Partei stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung eines Verpflichtungskredites für Sanierungsmassnahmen an den gemeindeeigenen Bünz-Brücken in Anglikon und Wohlen im Gesamtbetrag von CHF 480'000 (inkl. 15% Reserve und 7.7 MWST).

wird mit 37 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen zugestimmt.

Bericht und Antrag 14015 Eingangspforte Dottikerstrasse K 266 in Anglikon Verpflichtungskredit als Gemeindeanteil für das überarbeitete Projekt

Heinsalo Mika, FGPK: Fakt ist, dass die Generell 50-Signalisation die geforderten Zielwerte nicht erreicht hat. Eine bauliche Massnahme ist unumgänglich. In der FGPK ging es primär um drei wichtige Punkte: Anpassung der Geschwindigkeit, Reduktion der Lärmemission und die Erhöhung der Sicherheit.

Betreffend der Geschwindigkeit konnte innerhalb der FGPK keine Einigkeit erzielt werden. Einige sind der Ansicht, dass trotz dieser Pforte die Auto- und Motorradfahrer zu schnell sein werden. Andere Mitglieder sind der gegenteiligen Meinung. Schlussendlich ist Eigenverantwortung angesagt.

In Bezug auf die Lärmemission ist es für die Mitglieder der FGPK nachvollziehbar, dass eine Reduktion der Geschwindigkeit auch zur Reduktion der Lärmbelastung führt.

Mit der neuen Überbauung „Wohlermatte“ und der damit verbundenen Erhöhung der Einwohnerzahl in Anglikon werden mehr Kinder an der Dottikerstrasse unterwegs sein. Die Sicherheit der Kinder, aber natürlich auch von allen anderen, ist zu gewährleisten. Mit dem Bau einer solchen Pforte wird die Sicherheit erhöht, da die Fahrer zum Bremsen ermahnt werden. Die Frage nach einem Kreisell statt der Pforte wurde seitens des Kantons, aus Kostengründen, nicht weiter verfolgt. Dasselbe trifft auf die Installation einer festen Radaranlage zu.

Grossmehrheitlich ist man sich in der Kommission jedoch einig, dass es eine bauliche Massnahme, wie die Pforte braucht, um die Sicherheit der Fussgänger zu gewährleisten. Es wurde jedoch auch bemerkt, dass es immer Leute geben wird, welche zu schnell fahren. Die FGPK empfiehlt dem Einwohnerrat mit 6 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme (2 Abwesenheiten), den Verpflichtungskredit von CHF 149'400 inkl. MWST zu genehmigen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Die vorliegende Vorlage ist ein Resultat aus einer Einwohnerratsdebatte aus dem Jahr 2013. Damals wurde das erste Geschäft für eine Eingangspforte zurückgewiesen. Der konkrete Auftrag des Einwohnerrates lautet damals, für die Kantonsstrasse ein redimensioniertes Projekt vom Kanton erarbeiten zu lassen. In der Zwischenzeit wurde das Projekt überarbeitet und das Ergebnis liegt Ihnen nun vor. Aus Sicht des Gemeinderates hat der Kanton seine Aufgabe wahrgenommen. Die Eingangspforte wurde, im Vergleich zum letzten Projekt, massiv verkleinert. Die Kosten liegen, insbesondere für die Gemeinde Wohlen, im vom Einwohnerrat dazumal gewünschten Bereich. Im Finanzplan ist ein Betrag von CHF 100'000 für dieses Vorhaben eingestellt. Wir haben an fast allen Eingängen der Gemeinde Wohlen Drosselanlagen installiert. Bisher jedoch noch nicht im Dorfteil Anglikon. Vom Kanton durchgeführte Messungen ergeben, dass an dieser Stelle, sowohl Dorfausgangs, wie auch Dorfeingangs, massiv zu schnell gefahren wird. Vor allem im Innerortsbereich auf der Höhe der Ausfahrt der ARA liegt der Durchschnittliche Messwert bei 69 km/h. So sind an dieser Stelle viele Fahrzeuglenker viel zu schnell unterwegs. Aus diesem Grund wird der Kanton tätig und beabsichtigt, mit der Erstellung der Eingangspforte, eine entsprechende bauliche Massnahme zu erstellen. Der Gemeinderat erachtet es, aus Sicherheitsgründen, sehr wichtig, dass die Eingangspforte gebaut wird. Die Sicherheit bei der Ein- und Ausfahrt zur ARA wird mit der Tempo-Drosselung erhöht. Weiter hat es positive Auswirkungen auf die Lärmemissionen. Wir sind uns im Klaren, dass Eingangspforten manchmal auch Glaubensfragen sind. Die Fakten wurden vorliegenden Falls seitens des Kantons erhoben. Die Vorlage erfüllt die Forderungen an die Geschwindigkeit sowie an diejenigen, welcher der Einwohnerrates gestellt hat.

Aus der letzten Planung heraus sind bereits CHF 25'000 Honorarkosten angefallen, welche die Gemeinde Wohlen bereits finanziert hat. Diese sind im vorliegenden Kredit bereits aufgeführt. Falls die Eingangspforte nicht angenommen werden sollte, ist der Anteil der Planungskosten, welche die Gemeinde Wohlen verursacht hat, auch von der Gemeinde zu tragen. Ich danke Ihnen für die Zustimmung zu diesem Geschäft.

Fraktionsmeinungen

Strasser Denise, FDP/Dorfteil Anglikon: Die Gemeinde Wohlen hat derzeit einige wichtige Investitionen vor sich. Leider verfügen wir jedoch, wie bekannt ist, nicht über Geld wie Sand am Meer. Wir sind der Meinung, dass man nun wirklich dort investieren sollte, wo es dringend notwendig ist. Mit dem Schüwo Park, dem Busbahnhof und dem Schulraumbedarf befinden sich einige Grossprojekte im Bau beziehungsweise sind in der Planung. Wir können das Bedürfnis der Angliker nachvollziehen. Die Lärmemissionen, vor allem der ausfahrenden, beschleunigenden Fahrzeuge, sind ärgerlich. Wir fragen uns, ob sich dies durch einen kleinen Schwenker nach rechts gross verändert. Vielleicht ist das Ergebnis der Schikane Ausfahrt Dottikon befriedigend. Dort ist ein grosser Bogen eingebaut, welcher ein frühzeitiges Beschleunigen verhindert. Bei vielen Kreiseln ist ebenfalls feststellbar, dass es keine namhafte Geschwindigkeitsreduktion benötigt, um hindurch zu fahren. Diejenigen, welche bereits Innerorts gerne auf das Gaspedal drücken, werden sich auch von der geplanten Ausgangspforte in Anglikon nicht davon abhalten lassen. Die Autofahrer zur Vernunft bringen zu wollen, geht leider häufig nur über das Geld. Wir erachten es deshalb als zielführender regelmässig dort Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen. Wir denken, dass die geplante Eingangspforte nicht die gewünschte Wirkung erzielen wird und lehnen aus diesem Grund den Antrag grossmehrheitlich ab.

Zimmermann Beate, EVP/GLP: Unsere Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen. Wie sind der Meinung, dass durch die Fertigstellung und durch den Bezug der neuen Überbauung es erheblich mehr von den schwächsten Verkehrsteilnehmern wie Kinder und Fahrradfahrer haben wird in Anglikon. Wir halten es für sinnvoll den Verkehr nicht nur mit visueller Signalisation wie Schildern zu bremsen, sondern auch mit baulichen Massnahmen.

Küng Magdalena, Grüne: Wie schon gesagt wurde, mit der Verkehrsberuhigung ist es eine Art Glaubenssache. Jeder und Jede hat das Gefühl, am besten einschätzen zu können, was sinnvoll ist. Ob es nun mit Bussen oder mit baulichen Massnahmen umgesetzt wird. Als Nichtautofahrerin kann ich nicht nachvollziehen, weshalb man überhaupt irgendwo zu schnell fahren sollte. Wir sprechen uns überzeugt für diesen Verpflichtungskredit, als für eine bauliche Massnahme, aus. Die Notwendigkeit ist aus Sicherheitsgründen nachgewiesen: Die Tempolimits werden zu regelmässig krass überschritten und die Lärmemissionen sind eine grosse Belästigung für die Anwohnenden. Wir werden dem Bericht und Antrag zustimmen und hoffen, dass gewünschte Effekte eintreten.

Hüsser Max, SVP: Bereits im Oktober 2011 befand der Einwohnerrat über eine Eingangspforte zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Linksabbieger. Dieses Projekt wurde primär aus Kostengründen einstimmig abgelehnt. Nun präsentiert uns der Gemeinderat wieder ein praktisch identisches Projekt mit bloss 10% geringfügigeren Kosten für die Gemeinde Wohlen-Anglikon. Die aktuelle Argumentation lautet, dass mit dieser Massnahme eine vom Kanton gewünschte Geschwindigkeitsreduktion und Verkehrsberuhigung bewirkt werden kann. Die Fraktion SVP kann diese Argumentation nicht nur wegen der enormen Kosten absolut nicht nachvollziehen. Im Bereich der 50er Tafel, welche so versetzt wurde, dass in der Nähe keine Häuser stehen, wird vernünftigerweise ausgerollt, somit werden kaum Lärmemissionen verursacht, was jedoch bei einer Eingangspforte nicht mehr der Fall sein dürfte. Hingegen dürfte sich die Unfallgefahr erhöhen und nicht verringern. Bisher gab es in diesem Bereich praktisch keine Unfälle und die Höchstgeschwindigkeit wird von den meisten Verkehrsteilnehmern eingehalten. Fussgänger hat es in diesem Abschnittsbereich praktisch keine, weshalb uns eine weitere Reduktion der Geschwindigkeit aus Sicherheitsgründen absolut unnötig erscheint. Die Kosten für diese sogenannte Eingangspforte scheint uns nach wie vor viel zu hoch zu sein, zumal wir einen vernünftigen Nutzen nicht erkennen können. Aus diesen Gründen lehnt die Fraktion SVP den vorliegenden Bericht und Antrag einstimmig ab.

Hyde Dorian, SP: Die bisherigen Massnahmen haben bis jetzt wenig bis gar nicht gebracht. Die Geschwindigkeit wird nach wie vor massiv überschritten und aus diesem Grund müssen nun Massnahmen erfolgen. Insbesondere für die Bewohner des Dorfteils Anglikon ist es sehr wichtig. Wir möchten nicht einen Unfall abwarten und die Bewohner freuen sich sicher über weniger Lärm. Die Kosten fallen geringer aus, als beim früheren Bericht und Antrag und der Kanton bezahlt einen grossen Teil daran. Die SP stimmt deshalb einstimmig zum Bau der Eingangspforte in Anglikon zu.

Lütolf Harry, CVP: Wir haben das Geschäft mehrmalig in der Fraktion zur Diskussion gebracht. Nach der Anhörung der vorgängig gehaltenen Voten möchte sich unsere Fraktion nochmals absprechen. Wir stellen deshalb gestützt auf § 27 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates einen Ordnungsantrag für einen kurzen Unterbruch der Sitzung von zwei Minuten. Wir bitten Sie, diesen statt zu geben.

Christen Peter, SVP: Ich bin der Ansicht, dass ein Sitzungsunterbruch von zwei Minuten absolut gerechtfertigt ist. Ich schlage vor, dass der Unterbruch nach den Einzelvoten erfolgt, denn dann besteht ein gesamthafte Bild. So können sich die Fraktionen nochmals zurückziehen sich beraten und unter Umständen eine neue Meinung fassen.

Abstimmung

Dem Ordnungsantrag der CVP, für einen Sitzungsunterbruch von zwei Minuten, wird mit 35 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen zugestimmt.

Heinrich Daniel, CVP: Die CVP-Fraktion konnte sich nicht einig werden. Aus diesem Grund geben wir zu diesem Geschäft keine Fraktionsmeinung ab.

Einzelvoten

Heinsalo Mika, Dorfteil Anglikon: Der Dorfverein Anglikon mit seinen knapp 200 Mitgliedern hat in den letzten Jahren mehrere Reklamationen von unseren Mitgliedern wegen zu hoher Geschwindigkeit und Lärm eingangs- aber auch ausgangs Anglikon erhalten. Wir unterstützen daher das Geschäft und möchten, dass diese Eingangspforte umgesetzt wird.

Sie sind sicher schon dort, wo die Pforte hin soll, durchgefahren, vielleicht auch zu schnell. Falls Sie zu schnell gewesen sind, wie haben Sie sich dabei gefühlt? Haben Sie dabei an die Anwohner neben der Dottikerstrasse und auch an diejenigen weiter weg gedacht, welche den Lärm ertragen mussten? Haben Sie an die kleinen Kinder gedacht, welche Angst vor zu schnellen Autos oder Motorrädern haben und unsicher sind, wie sie die Strasse überqueren sollen? Wenn Sie in Anglikon leben würden, hätten Sie sicherlich auch das Bedürfnis nach mehr Sicherheit auf dieser Strecke und nach weniger Lärm. Denn wenn die Fahrer nach dem Vergissmeinnicht, heute Pizzeria Richtung Dottikon beschleunigen oder umgekehrt zu spät vom Gas gehen, wird nicht mehr an Lärm oder Sicherheit gedacht. Dieses Gefühl nach mehr Sicherheit und bessere Lebensqualität dank weniger Lärm können Sie den Einwohnern von Anglikon heute geben, in dem Sie diesen Antrag unterstützen.

Ein Wort noch zum Leserbrief der SVP. Das ist für mich schlechte Stimmungsmache. Es zeigt fehlenden Sachverstand und ist in den unteren Schubladen abzulegen. Für das heutige Geschäft ist es wichtig zu wissen, dass die Angliker Meinung gehört wurde, Ja, von Anglikerinnen und Angliker kommen die Forderung nach baulichen Massnahmen. Und wenn diese Pforte als weitere sinnlose verkehrssicherheitstechnische Massnahme angeschaut wird, frage ich mich schon, ob überhaupt verstanden wurde, worum es hier geht. Eine generelle Abneigung zu solchen „Betonblöcken und Hindernisse“ ist wohl eher parteipolitisch zu sehen, als einem vernünftigen, gesunden Menschenverstand einzuordnen. Und wenn man von „100 km/h den Berg hochfahren“ schreibt, lade ich gerne einmal nach Anglikon ein, um die geografische Realität kennenzulernen und dass dies nichts mit der Dottikerstrasse und diesem Geschäft zu tun hat. Liebe SVP, ersparen Sie uns solche disqualifizierten und sinnlosen politisch geschwängerten Leserbriefe, in welche Sie Ihre Messages in seriöse und wichtige Geschäfte verpacken. Es geht hier um eine Eingangspforte, die nicht nur für Anglikon, sondern auch für Wohlen wichtig ist. Ich bitte Sie alle, auch die Einwohnerräte der SVP und auch diejenigen der FDP, welche vielleicht doch noch zur späten Einsicht gekommen sind, diesen Antrag zu unterstützen und ja zu sagen zu weniger Lärm und mehr Sicherheit in Anglikon.

Christen Peter, SVP: Während zehn Jahren wohnte ich an der Dottikerstrasse und kenne somit die dortige Situation sehr gut. In den Unterlagen fehlten leider alle Skizzen und Layouts. Diese habe ich eingefordert und umgehend erhalten. Bei der Eingangspforte handelt es sich um ein längliches Gebilde, welches sich leicht schräg in der Strasse befindet. In der Fahrtrichtung von Dottikon nach Anglikon ist sie auf der Ausfahrtsseite einen Meter breiter wie bei der Einfahrtsseite. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das annähernd ein Hindernis darstellt für irgendwelche Autofahrer. Vielleicht fahren die Automobilisten im Alter von 90 Jahren dadurch etwas langsamer, aber ein normaler Autofahrer kann dort ganz geschmeidig hindurchfahren.

Die Eingangspforte befindet sich etwa 350 m, vielleicht auch etwas mehr, vom Beginn des Fussgängerstreifens entfernt. Dieser liegt rechts beim „Vergissmeinnicht“. Während meiner Zeit, in welcher ich in Anglikon wohnhaft war, habe ich wirklich nie ein Kind im Bereich dieser Eingangspforte gesehen. Ich bitte Sie auf der Grundlage der Diskussion über Finanzen, welche wir heute Abend geführt haben, diese wirklich unnütze Ausgabe abzulehnen. Gemeindeammann Arsène Perroud erklärte, es handle sich um eine massiv kleinere Eingangspforte im Vergleich zum vorhergehenden Projekt und er behauptete auch die Kosten wären geringer. In meinem Leserbrief habe ich in Bezug auf die Kosten schon ausgeführt, dass diese lediglich um 15% tiefer sind. Ich bitte die Fraktionen linientreu und gleich zu stimmen, wie dies vor einiger Zeit bereits einmal passiert ist.

Meyer Hans-Rudolf, Dorfteil Anglikon: Als Anwohner und direkt Betroffener finde ich das Projekt im Prinzip gut. Vor über zehn Jahren ist uns durch den damaligen Gemeindeammann bereits versprochen worden, dass es in diesem Bereich eine Eingangspforte geben sollte. In all diesen Jahren hat ja bekanntlich der Verkehr noch stärker zugenommen. Die Einfahrt von der Hagglingerstrasse und aus dem Unterdorf ist manchmal sehr schwierig, weil von beiden Seiten her die Fahrzeuge viel zu schnell kommen. Ich möchte hier aber festhalten, dass eine Eingangspforte alleine nichts bringt, sondern eine Ausgangspforte genauso wichtig ist. Denn das Problem sind nicht nur die einfahrenden Fahrzeuge, die im Normalfall ausrollen lassen, sondern auch die ausfahrenden Fahrzeuge, die bereits nach der Pizzeria auf das Gaspedal drücken und so viel mehr Lärm verursachen. Genau aus diesem Grund konnte, wie bei den Schlussbemerkungen erwähnt, trotz Verschiebung der „Generell 50-Signalisation“ die Zielwerte nicht erreicht werden. Hier hilft wirklich nur eine Ein- und Ausgangspforte.

Mir ist nicht bekannt, wo die SVP Rechnen gelernt hat, für mich beträgt die Differenz der Kosteneinsparung mehr als nur 15%. Bei einem Kostenvergleich mit dem alten Projekt ist für uns nur der Gemeindeanteil von Bedeutung. Wenn man den heutigen Gemeindeanteil von knapp CHF 150'000 vergleicht mit dem Anteil von knapp CHF 230'000 vor sieben Jahren und die Teuerung noch aufrechnen würde, wären das nicht nur CHF 80'000 weniger, sondern grob geschätzt gegen CHF 100'000 weniger gegenüber dem alten Projekt, was ca. 40% bis 45% entspricht. Was mich aber stutzig macht ist, dass mit den Baukosten, den übrigen Kosten und dem Landerwerb von insgesamt CHF 261'400 Honorare von CHF 116'600 gegenüber stehen. Wenn man dann noch CHF 25'000, welche ja schon ausgegeben wurden, wegchnet, kommt man immer noch auf einen Betrag von CHF 90'000, was 30% Honorarkosten entspricht. Ich bin der Meinung, dass ein Architekt oder Ingenieur im Normalfall 10% bis 12% vom Gesamtprojekt verrechnet. Oder sehe ich das falsch? Nichts desto trotz bringt eine Eingangspforte in beiden Fahrtrichtungen für die Betroffenen Anwohner in der ganzen Bursthalde, der Hagglingerstrasse, dem Unterdorf, der Dottikerstrasse und der Überbauung Riverside, mit dem Ziel die Geschwindigkeiten und damit auch die Lärmimmissionen zu reduzieren, eine Verbesserung. Und darum bitte ich Sie, den Bericht und Antrag betreffend Eingangspforte Anglikon zu genehmigen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich habe eine Korrektur zur Aussage von Peter Christen. Meine Aussage bezieht sich auf die Kosten beim Gemeindeanteil und nicht auf die Gesamtkosten. Es ist selbstverständlich auch dem Gemeinderat klar, dass die Kosten an einem anderen Ort sind. Zurück zu führen ist dies hauptsächlich auf veränderte Anforderungen und Standards, welche der Kanton Aargau seit dem Jahr 2011 entwickelt hat. Ich bitte Christoph Meyer, Leiter Tiefbau, noch einige Ausführungen betreffend der Wirksamkeit der Ein- und Ausgangspforte zu machen, sowie Stellung zu den Fragen von Hans-Rudolf Meyer zu nehmen.

Meyer Christoph, Leiter Tiefbau: Es wurden in Bezug auf die Eingangspforten die Bezeichnungen „kleiner Schwenker“ und „grosser Schwenker“ verwendet. Im vorliegenden Projekt wird beabsichtigt eine Eingangspforte nach den neuesten Normen des Kantons zu bauen. Wer bereits einmal von Sins nach Auw gefahren ist, der sieht die Eingangspforte in natura. Wer dort „geschmeidig“ durchfahren kann, der ist vermutlich ein Profi und war mit dem Motorrad unterwegs. Mit einem Auto funktioniert das nämlich nicht. Effektiv liegt zwischen den Rändern und der Insel nur ein Meter. Dort mag ein Motorrad noch ohne Schwenker hindurchfahren, ein Auto oder ein Lastwagen müssen hingegen doch massiv abbremsen. In Anglikon ist die Erstellung eines grossen Schwenkers mit entsprechender Bremswirkung geplant. Eingangs Dottikon gibt es einen kleinen Schwenker. Bei der dortigen Insel in der Strassenmitte kann man mehr oder weniger gerade durchfahren, sofern man nicht um seine Felgen fürchtet.

Als Sofortmassnahme wurde die Signalisationstafel vor die Einfahrt Richtung ARA verschoben. Es wurden Geschwindigkeitsmessungen vor und nach der Versetzung durchgeführt. Ein Messpunkt befand sich rund 100 m nach der Einfahrt, also auf der Höhe der Bursthalde 27. Der Zielwert betrug sowohl Dorfeingangs, wie auch Dorfausgang rund 60 km/h. Dies hat auch den Kanton dazu bewogen, beim Projekt mit zu machen

und mit zu finanzieren. Der Wert bei der Zufahrt ARA beträgt rund 70 km/h. Es ist massiv sicherheitsrelevant und ein grosser Unterschied, ob ein Fahrzeuglenker mit 50, 60 oder mit 70 km/h bei dieser Ausfahrt fährt. Es handelt sich um ein grosses Gefährdungspotential bei dieser Ausfahrt, wenn die ausrollenden Fahrzeuglenker mit 69 km/h ins Dorf fahren und diejenigen, welche nach Dottikon fahren 73 km/h auf dem Tacho haben. Dort sind zudem viele Lastwagen unterwegs. Die gemessenen Maximalgeschwindigkeiten bewegen sich jeweils bei der Ein- und Ausfahrt in der Regel zwischen 110 bis 130 km/h. Dies bedeutet, dass derjenige, welcher Gas geben möchte, doch ziemlich bremsen muss, um durch die Eingangs- bzw. Ausgangspforte zu fahren. Fazit: Ohne bauliche Massnahme ist es nicht möglich, unsere Zielwerte zu erreichen. Aus diesem Grund bezahlt der Kanton auch an dieses Projekt. Die Beschleunigung Richtung Dottikon kann erheblich reduziert werden, was sich wiederum sehr positiv auf die Lärmemissionen auswirken wird. Weiter kann die Sicherheit bei der Ausfahrt ARA bedeutend erhöht werden, indem man die Geschwindigkeiten von beiden Seiten senken kann.

Der frühere Verpflichtungskredit betrug CHF 495'000, der Gemeindeanteil belief sich auf 46%, was knapp CHF 230'000 entspricht. Die Gesamtkosten heute betragen CHF 416'000. Die Zahlen darf man jedoch nicht direkt vergleichen, denn die Honorarkosten haben sich seit der ersten Skizze kumuliert bis heute. Sie werden sich auch weiter anhäufen. Bis heute ist dies ein Betrag von CHF 50'000 für Honorarkosten. Aus diesem Grund ist der prozentuale Satz dementsprechend auch hoch. Von den genannten CHF 50'000 hat die Gemeinde Wohlen bereits CHF 25'000 bezahlt. Das bedeutet vom vorliegenden beantragten Verpflichtungskredit von CHF 149'400 wurde der Betrag von CHF 25'000 bereits bezahlt. Es handelt sich einfach um eine Aufsummierung und ein Aufzeigen der Gesamtkosten. Wenn es sich um ein Kantonsprojekt handelt, bedeutet das, dass der Kanton und auch der Planer jeweils seine Aufwendungen aufschreiben. Aus diesem Grund kann man die Prozentsätze nicht mit einem normalen Projekt vergleichen. Wir haben somit eigentlich zwei Planer, welcher jeweils ihr Honorar geltend machen und der Betrag fällt somit auch entsprechend höher aus. Eine weitere Abweichung zum Verpflichtungskredit aus dem Jahr 2011 zu jetzt ist, dass die Beleuchtungen im Betrag von CHF 25'000 mit einberechnet sind. Im Jahr 2011 wollte der Kanton die Beleuchtungen, mit der Begründung, dass dies Sache der Gemeinde ist, nicht finanzieren. Der Kanton hat betreffend der Beleuchtung seine Haltung geändert und sieht diese als Bestandteil der Eingangspforte an und bezahlt in der Folge dessen seinen Anteil daran.

Seit dem letzten Bericht und Antrag sind einige Jahre vergangen. Zwischenzeitlich haben die Normen beim Kanton geändert. Um die Langlebigkeit gewährleisten zu können, werden die Strassenaufbauten immer grösser. Aus diesem Grund ist die flächenmässige Anpassung auch grösser geworden.

Der Kanton schlägt bei einem Kredit normalerweise 10% darauf. Zudem wird seitens des Kantons über das Gesamtprojekt nochmals 10% aufgeschlagen. Somit rechnet man 10% auf 10%. Das sind die Sicherheiten, welche seitens des Kantons eingebaut werden, um nicht bei jeder Kreditüberschreitung vor die Gemeindeversammlung oder den Einwohnerrat treten zu müssen. Das bedeutet, dass sich die Kosten auf den ersten Blick sehr hoch darstellen. Sie können sich vorstellen, dass das bei Grossprojekten, wie zum Beispiel die Nutzenbachstrasse mit einem Betrag von CHF 20 Mio., sehr viel ausmacht. Bei der Eingangspforte sind etwa CHF 25'000 als Reserven eingeplant. Der effektive Betrag für die Gemeinde, sofern alles wie geplant verläuft, wird unter CHF 100'000 liegen, so wie im Finanzplan eingestellt. Wir sind uns einig, dass dies ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis darstellt für den Bau einer Eingangspforte und man die gewünschte Wirkung damit erzielen kann. Das vorliegende Projekt ist nicht mit den Grossinvestitionen zu vergleichen, bei welchen es um Millionen geht. Die vom Gemeinderat beantragte Eingangspforte wird sich nicht nur für die Angliker als dienlich erweisen.

Lütolf Harry, CVP: Unsere Fraktion ist gespalten. Ich werde dem Antrag nicht zustimmen und möchte gerne erläutern weshalb dies so ist. Wir anerkennen grundsätzlich, dass an die Sicherheit gedacht wurde. Doch der aufgezeigte Sicherheitsgewinn ist nach unserer Meinung nicht so hoch, nicht wie soeben dargestellt wurde. Weiter müssen wir uns selbst eine Prioritätenliste erarbeiten. Dieses Projekt steht für uns nicht oben auf dieser Liste. Ein anderer Einwohnerrat kann dann in 10 bis 15 Jahren dem Projekt seine Zustimmung erteilen, wenn ich dann vielleicht nicht mehr dabei bin. Im Moment steht jedoch anderes und wichtigeres an.

Meines Wissens steht im Moment keine Verkehrstafel eingangs Anglikon, welcher auf einen Radar hinweisen würde. Irrtum vorbehalten. Dies könnte man zum Beispiel noch anbringen. Wenn man von Bremgarten nach Wohlen fährt gibt es eine solche Tafel. So könnte man bereits gewisse Leute dazu bringen, das Tempo zu drosseln. Zudem könnte man doch einfach etwas mehr Polizeikontrollen durchführen an dieser Stelle. Das gibt dann auch Geld in die Kasse, also somit eine sehr gute Idee und eine sehr gute und wirksame Massnahme. Die Geschwindigkeiten können sehr schnell reduziert werden, wenn es sich herum spricht, dass dort regelmässig Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden.

Läufer Marc, SVP: Ich fahre an dieser Stelle seit 12 Jahren täglich durch. Morgens hinaus, abends hinein. Selbstverständlich versuche ich mich immer an die Geschwindigkeitsbegrenzung zu halten. Mich würde es interessieren, ob die Einwohnerratsmitglieder die Eingangspforte und die Pläne einmal angeschaut haben. Ich frage mich, ob es nicht sogar ein Sicherheitsrisiko darstellt mit dem Abbremsen und Beschleunigen. Weiter interessiert es mich, wie das im Winter gehandhabt wird. Muss dann der Graben rechts aufgefüllt werden, denn es könnte ja ein Fahrzeug nach rechts treiben. Ich würde vermehrte Geschwindigkeitskontrollen auch begrüßen. Diejenigen, welche sich nicht daran halten, sollen entsprechend gebüsst werden.

Weiter handelt es sich beim Betrag von CHF 275'000 vom Kanton auch um Steuergelder. Auch diese müssen irgendwann von irgendwem bezahlt werden.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich freue mich natürlich über die Aussage des SVP-Vertreters, dass Radarkontrollen befürwortet werden. Das nehmen wir sehr gerne so auf.

Wenn das vorliegende Projekt abgelehnt wird, wird der Kanton es sicher nicht wieder in 15 Jahren aus der Schublade nehmen, sondern es wird beendet und es wird nichts umgesetzt.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung eines Verpflichtungskredits für das überarbeitete Projekt „Eingangspforte Dottikerstrasse K 266 in Anglikon“ im Gesamtbetrag (Gemeindeanteil) von CHF 149'400 (indexgebunden, Basis Index Januar 2017).

wird mit 20 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen zugestimmt.

Antwort zur Anfrage 13166 von Harry Lütolf, CVP, betreffend Verzögerung der Berichterstattung über ein überwiesenes Postulat und weitere Fragen zur Sozialhilfe der Gemeinde Wohlen

Lütolf Harry, CVP: Ich wünsche aufgrund der fortgeschrittenen Zeit keine Diskussion. Ich erlaube mir jedoch noch Danke zu sagen, dass der Leiter der Sozialen Dienste Urs Spillmann so lange hier ausharren musste, ohne sich noch weiter zum Geschäft äussern zu können. Besten Dank somit für die Beantwortung.

Ich danke jedoch nicht dafür, dass das Geschäft um welches es geht, schon vier Jahre herum liegt. Ich nehme den Gemeinderat in Pflicht, dass das noch in diesem Jahr beantwortet wird. Ich erwarte, dass der Bericht zu diesem Postulat endlich vom Gemeinderat kommt. Weiter möchte ich an die anwesenden Grossräte im Saal appellieren bei Einzelfällen, bei welchen noch Handlungsspielraum besteht, beim Kanton nach zu haken (siehe Antwort Gemeinderat unter der Frage 4 e). Die Handlungsspielräume sollten beim Kanton ausgenutzt werden.

Es verlangt keiner der anwesenden Einwohnerräte eine Diskussion.

Brunner Edwin, Präsident: Wir hatten heute eine sehr lange Sitzung, die Diskussionen wurden jedoch gut und erfolgreich geführt. Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 27. August 2018 statt. Sitzungsbeginn ist um 19.00 Uhr. Die Traktanden sind noch nicht bestimmt, werden jedoch rechtzeitig bekannt gegeben. Ich wünsche allen schöne und erholsame Sommerferien und erkläre die Sitzung für geschlossen.

Für das Protokoll



Edwin Brunner
Präsident



Michelle Steinauer
Gemeindeschreiber-Stv.